


Kofra 103

**Zeitschrift für
Feminismus
und Arbeit
Mai/Juni 2003
21 Jg.
ISSN 0949-0000**

Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen

- Globalisierung - ein Angriff auf Frauen
- Dienste ohne Grenzen - GATS und die Konsequenzen für Frauen
 - Frauen stoppt GATS!
- Kritik zu: „Globalisierung gerecht gestalten“

Inhalt

Zu den Folgen der Globalisierung für die Frauen 3

Globalisierung - Ein Angriff auf die Frauen 3, Dienste ohne Grenzen - GATS und die Konsequenzen für Frauen 5, Frauen stoppt GATS 8, Kritik an Kernpunkten des ATTAC-Papiers 11

Themen 15

Einladung zum internationalen FrauenLesbenTransgender Workcamp 15, Statistik: Berufstätige Frauen sind seltener krank als männliche Kollegen 17, Mädchen entdecken Roberta, Manhood and War 18

Resolutionen/Netzwerke 19

Der neue Irak: Mit oder ohne Frauen? 19, Gesichter ohne Namen ,Die Frauennetzwerkstelle „WOMNET“, Zehntausende Klicks gegen Männergewalt im Internet 20,

Nachrichten 21

Todesstrafe für Amina Lawal, Wir sind durch die Hölle gegangen 21, Filtersoftware, Exit-Pop-Up-Fenster Sexualisierte Gewalt ächten! 22, Gegen Gewalt, „Feministische Wirtschaftsethik“, Weibliche Bosse, Frauenfeindliche EU-Verfassung 23, Erste Richterin in Ägypten, Partnerin von Terroropfer anerkannt, Kein Familienzuschlag für Beamte, Ärzte übersehen häufig Kindesmisshandlung 24

Literatur 25

Tatort Frau - Der große Hormonschwindel 25

Termine 26

Mädiale, Journalistinnentreffen 26, Warten auf die nächste Katastrophe? Gewaltprävention nach „Erfurt“, Wie verschieden wir uns ähnlich sind 27, Interkulturelle Öffnung der Mädchenarbeit 28, Frauensichten zur Globalisierung 29, Werkstatttagung „Frauen.Männer.AnSichten“, Irritation Ostdeutschland? Geschlechterverhältnisse in Deutschland in 13. Jahr nach der Wende 30

Impressum:

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V.

Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen

Globalisierung - ein Angriff auf Frauen

Alexandra Weiss

Der keynesianische Wohlfahrtskompromiss

Die feministische Wissenschaft betrachtet den Globalisierungsprozess nicht automatisch als frauendiskriminierend, er muss aber als vergeschlechtlichter Prozess wahrgenommen werden, der auf bestimmten Geschlechterarrangements beruht und diese reproduziert. "Globalisierung ist ein in einem geschlechtlich kodierten gesellschaftlichen Raum politischer hergestellter Prozess und eine soziale Praxis!" (Sauer 2001, 68)

Angesprochen sind hier die Geschlechterarrangements des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, der mit seiner Erwerbsorientierung vor allem Männer vor bestimmten sozialen Risiken, wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter schützt. Frauen wurden in diesem System als vom Mann ökonomisch abhängig und von ihm zu versorgend betrachtet. Soziale Sicherheit bezieht sich also auf die Risiken der männlichen Erwerbsbiographie, da Frauen nicht (bzw. vermittelt über ihren Partner) oder nur in geringem Maße von den Leistungen der Sozialversicherung profitieren können.

Nancy Fraser beschreibt das System der sozialen Sicherung als entlang den Geschlechtern gespalten: demnach ist jener Teil, der auf der Sozialversicherung beruht männlich, und jener Teil, der auf der Sozialhilfe beruht oder auf Steuern (statt auf Versicherungsleistungen) weiblich. (vgl.: Fraser 1994, 222-248) Das bedeutet, dass männliche soziale Rechte stärker verankert sind und durchgängig ein Rechtsanspruch besteht. Zieht man im Vergleich dazu die Sozialhilfe heran, von der z.B.

viele Alleinerzieherinnen abhängig sind, so handelt es sich hier um eine Leistung, bei der die Antragstellerinnen zu Bittstellerinnen degradiert werden und ihre gesamte Privatsphäre

gegenüber den zuständigen Behörden offen legen müssen. Dazu kommt noch die diskriminierende Haltung der Gesellschaft und der Behörden gegenüber Sozialhilfeempfängerinnen und die permanente Unterstellung, Hilfe zu Unrecht (siehe z.B. die "Sozialschmarotzer"-Debatte) in Anspruch zu nehmen. Ein weiteres Beispiel wäre das frühere Karenzgeld, das mit ca. öS 6.000,- weit unter einem realistischen Existenzminimum lag. Frauen geraten so automatisch in Abhängigkeit - entweder vom (Ehe-)Mann oder von der Sozialhilfe.

Der keynesianische Wohlfahrtskompromiss hatte also bestimmte Grundlagen, die auf Normalitätsannahmen über Arbeitsverhältnisse und Familien basieren: Männer werden von Reproduktionsarbeit befreit, Frauen sind ökonomisch abhängig, Frauenarbeit wird als Zuarbeit eingestuft. Der Wohlfahrtsstaat reproduziert also ungleiche Geschlechterverhältnisse, indem er Frauen und Männer unterschiedlich absichert. Männer erhalten in erster Linie durch Erwerbsarbeit und den daraus folgenden Rechten ihre Absicherung. Frauen erlangen soziale Sicherung in erster Linie durch die Ehe. Nicht umsonst sprechen feministische Wissenschaftlerinnen davon, dass Frauen "einen Mann" von der Armut entfernt sind. Soziale Sicherheit für Frauen müsste also bedeuten, dass Frauen nicht heiraten müssen, um vor Armut geschützt zu sein. Frauen werden vom Wohlfahrtsstaat nur dann "gleich" behandelt, wenn sie eine typisch männliche Erwerbsbiographie aufweisen. Die Grundannahmen über Familienstrukturen, Beziehungen und das Erwerbsverhalten von Frauen im

Wohlfahrtsstaat wurden bereits in den 70er und 80er Jahren brüchig. Heute wird dieses Modell grundlegend umstrukturiert: Das Ende der männlich-erwerbszentrierten Gesellschaft hat begonnen.

Privatisierung sozialer Leistungen und Informalisierung der Erwerbsarbeit.

Es handelt sich also nicht um eine Ende der Arbeitsgesellschaft - wie vielfach proklamiert - sondern vielmehr um eine Feminisierung der Erwerbsarbeit im dreifachen Sinn:

- durch eine steigende Zahl erwerbstätiger Frauen (durch Bildung und Arbeitsmarktpolitik);
- durch eine Prekärisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen (das Segment der ungeschützten Arbeit ist vor allem weiblich);
- durch eine Absenkung des Lohnniveaus (auch das von Männern) auf das von Frauenarbeit (=Zuarbeit).

Vor diesem Hintergrund können zum einen immer weniger Menschen ihre Existenz durch Erwerbsarbeit sichern, aber auch Geschlechteridentitäten (Mann = Familienerhalter) geraten dadurch ins Wanken. Neue Differenzierungen werden relevanter: ökonomische und soziale Unterschiede zwischen Frauen treten dadurch stärker zu Tage, die geschlechterspezifische Arbeitsteilung wird kulturell und ethnisch überlagert. Geschlechtergrenzen werden nun stärker über einerseits formale, gut bezahlte Arbeit und andererseits informalisierte, schlecht bezahlte und ungeschützte Arbeit definiert. Die Feminisierung der Erwerbsarbeit ist Teil einer widersprüchlichen Neubestimmung des Verhältnisses von produktiver und reproduktiver Arbeit. Parallel zur Informalisierung, Prekärisierung und Atypisierung der Erwerbsarbeit findet eine Privatisierung sozialstaatlicher Leistungen statt, die unter dem Begriff Refamiliarisierung gefasst wird. Dies produziert neue (alte) Geschlechterverhältnisse, indem soziale Verantwortung wieder fester an Frauen gebunden wird. Das setzt jedoch eine traditionelle Kernfamilie und einen (männlichen) Familienerhalter voraus - ein Modell, das immer stärker erodiert. Es handelt sich also um eine Refamiliarisierung ohne klassische Kernfamilie, um eine Reprivatisierung ohne Privatheit. (vgl. Sauer 2001, 67-83)

Neoliberalismus - ein maskulinistisches Projekt

1. Der Neoliberalismus ist ein Projekt der ökonomischen und politischen Eliten und das sind Männereliten. Darüber hinaus sind zwei geschlechtersegregierte Globalisierungsprozesse festzustellen. Männern wird tendenziell eher der Bereich der globalen Finanzwelt, der Produktion und der Technologie zugewiesen, Frauen hingegen eher der Bereich der niederen Ökonomie" - also u.a. der Dienstleistungen. Wichtig zu nennen ist hier nicht zuletzt der Bereich der sexuellen Dienstleistungen, die inzwischen einen ungeheuren Anteil der sogenannten informalisierten Ökonomie darstellt.

2. Der Neoliberalismus beseitigt die Geschlechterungleichheit, die der keynesianische Wohlfahrtsstaat mitproduziert bzw. reproduziert hat, nicht prinzipiell, sondern stellt sie wieder her. Geschlechterungleichheit wird als Ressource im neoliberalen Projekt einkalkuliert.

3. Mit der Neubestimmung des politischen Raumes findet eine Remaskulinisierung der politischen Öffentlichkeit (Stichwort Sicherheitspolitik), politischer Institutionen und damit einhergehend eine Einengung der Gestaltungsspielräume feministischer Politik statt. (ebd.)

Der politische Staatsbürgerinnenstatus verändert sich in dem Maße, wie soziale Rechte abgebaut werden. Politische Staatsbürgerinnenschaft wird individualisiert, d.h. sie wird abhängig von Faktoren wie Bildung, Einkommen, Region und Mobilität (Ressourcen, die auch entlang der Geschlechter ungleich verteilt sind). Aus der Armutsforschung weiß man, dass gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen in hohem Maß von den individuellen ökonomischen Bedingungen abhängig ist.

Globalisierung besteht in einem doppelten frauendiskriminierenden Effekt

Die Integration von Frauen in Sozialstaat und Erwerbsarbeitsmarkt findet zu einem Zeitpunkt statt, da sozialstaatliche Leistungen zunehmend reduziert werden und Arbeitsverhältnisse mit schlechten sozial- und arbeitsrechtlichen Bedingungen zunehmen, während Einkommenschancen schlechter werden.

Vier Tendenzen, die den maskulinistischen Charakter sozialstaatlicher Restrukturierung ausmachen, können festgestellt werden:

die Reduktion der Erwerbschancen bzw. die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen (Erwerbsarbeit wird zunehmend von sozialen Rechten abgekoppelt),

- dem Leistungs- oder Wettbewerbsstaat fallen sozialstaatliche Maßnahmen zum Opfer, die ein Minimum an Umverteilung garantierten,
- der Sozialstaat wird zunehmend zum residualen Staat (der nur noch vermögens- und bedarfsabhängige Leistungen gewährt), (Sicherheit wird immer weniger sozial, sondern vielmehr militärisch/polizeilich verstanden - Auftrieb erhielt diese Debatte nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem 11. September 2001) - die Ausgliederung sozialstaatlicher Leistungen bedeutet letztlich nur ihre "Re-Installierung" als unbezahlte Frauenarbeit. (vgl. ebd.)

Der neue neoliberale Gesellschaftsvertrag basiert also auf dem alten Geschlechtervertrag, der unbezahlte Frauenarbeit impliziert.

Mag. Alexandra Weiss, Politologin, externe Universitäts-Lektorin in Österreich. Forschungsschwerpunkte: Wohlfahrtsstaat, Globalisierung, Bewegungsforschung, Geschlechterpolitik. Mitarbeit im AK Emanzipation und Partnerschaft (AEP)

Literatur:

Sauer, Birgit (2001): Feminisierung eines männlichen Projekts? Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, in: Erna Appelt/Alexandra Weiss (Hg.): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg.

Fraser, Nancy (1994): Die Frauen, die Wohlfahrt und die Politik der Bedürfnisinterpretation, in: Fraser Nancy, Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt a.M.

Zuerst erschienen in: „Medusa“ FrauenKultur BildungZeitSchrift, Frühjahr 2003

Dienste ohne Grenzen - GATS und die Konsequenzen für Frauen Zur Notwendigkeit, sich aus einer Geschlechterperspektive mit GATS und Privatisierung der öffentlichen Dienste zu beschäftigen von Christa Wichterich

Makro-Ökonomie war lange Zeit ein "hartes" Politikfeld, von dem Frauen mit wenigen Ausnahmen ausgeschlossen waren bzw. mit dem

sich nur wenige Wissenschaftlerinnen beschäftigten. Dies hat sich in jüngster Zeit verändert. Forschung aus feministischer und geschlechterpolitischer Sicht beschäftigte sich zunächst mit den Auswirkungen, die die fortschreitende Handelsliberalisierung, die neue internationale Arbeitsteilung durch Verlagerung von Produktionsschritten in Billiglohnländer und Exportorientierung auf Frauen hatten. In den achtziger Jahren konzentrierten sich die Auseinandersetzungen mit makro-ökonomischen Veränderungen auf Struktur-anpassungsprogramme und ihre negativen Auswirkungen auf Frauen sowie auf die Bretton Woods Institutionen. In den vergangenen Jahren verschob sich der Fokus auf die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen. Dies mündete in grundsätzlicher Kritik am globalen Freihandelsregime und der Forderung, systematisch eine Gender-Perspektive in makro-ökonomische Politiken und in die internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen einzubringen. Mehrere internationale Frauennetzwerke haben sich gebildet - z.B. das International Gender and Trade Network (IGTN) und der Women's International Caucus on Economic Justice (WICEJ), die die Verhandlungen der WTO beobachten und sich mit einer Geschlechterperspektive einmischen. Auch das europäische Netzwerk WIDE (Women in Development Europe) mit Sitz in Brüssel fokussiert zunehmend auf die Frage, wie ökonomische und soziale Rechte von Frauen in makro-ökonomischen Zusammenhängen durchzusetzen sind. Eine Auseinandersetzung aus Frauensicht mit den neuen, in der Uruguay-Runde beschlossenen Schritten zur Handelsliberalisierung - wie dem Agrarabkommen (AoA), dem Patentschutz für geistiges Eigentum (TRIPS) und dem Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) - steht jedoch noch am Anfang.

Besondere Aufmerksamkeit findet derzeit das GATS, weil es bei der nächsten Ministerkonferenz der WTO im September 2003 in Cancun zentraler Verhandlungsgegenstand sein wird. Ziel dieses Abkommens ist eine Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen von der Wasserversorgung über Museen bis zum Gesundheitswesen. Über 160 Branchen schließt GATS bisher ein. Seit Anfang 2002

laufen sogenannte GATS 2000-Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation. Es geht darum, dass und wie weit WTO-Mitglieder bisher öffentliche Dienstleistungsbereiche für ausländische Service-Anbieter zu öffnen bereit sind. Die bislang durch staatliche oder kommunale Einrichtungen geleistete Daseinsvorsorge würde ganz oder teilweise an Privatunternehmen übertragen. Die Verhandlungsprozesse finden nicht öffentlich statt und werden weitgehend geheimgehalten. Die WTO behauptet, es handele sich um ein demokratisches Verfahren, weil die einzelnen Regierungen entscheiden können, welche Sektoren sie dem freien Markt öffnen. Bis Juni 2002 sollten führende WTO-Mitglieder andere Mitgliedsländer auffordern, bestimmte bisher staatlich reglementierte und geschützte Dienstleistungsbereiche für ausländische Investoren zu öffnen ("request-Phase"). Die EU verschickte einen Katalog mit umfangreichen Liberalisierungsansprüchen an 24 Länder und forderte für europäische Konzerne Zugang zu Finanzdienstleistungen, dem Tourismus, der Telekommunikation, Postdiensten, dem Energie- und Wassersektor.

Von besonderem Interesse für die Dienstleistungsunternehmen (Multi-Utility-Corporations) des Nordens sind die Schwellenländer des Südens und Länder mit großen Märkten und Wachstumspotential wie China, Indien, Südafrika und Ägypten. Bis März 2003 soll jedes Land selbst die Dienstleistungssektoren benennen, die es für eine Liberalisierung preisgibt ("offer-Phase"). Bei den derzeitigen Verhandlungen werden nationale Regelungen im Dienstleistungssektor überprüft und einem "Notwendigkeitstest" unterzogen. Staatliche Regulierung darf nicht "handelsverzerrend" sein, d.h. sie darf einheimische Unternehmen nicht gegenüber ausländischen bevorzugen und sie darf den freien Wettbewerb nicht durch Umweltschutzbestimmungen, Sozialklauseln und Gleichstellungsverordnungen ausbremsen.

Wo im Tourismusbereich aus ökologischen Gründen keine weiteren Konzessionen für Hotels oder z.B. Skilifte vergeben werden sollen, benachteiligt dies ausländische Investoren gegenüber inländischen Betreibern, die bereits Konzessionen haben. Subventioniert ein Staat lokale Privatschulen, so können Pri-

vatschulen ausländischer Bildungsunternehmen die gleichen Subventionen verlangen. Das aber würde den öffentlichen Haushalt für staatliche Bildungseinrichtungen stark belasten und die Mittel für öffentliche Schulen weiter verknappen. Wo Privatunternehmen öffentliche Einrichtungen übernehmen, sichern nicht mehr das Solidarprinzip und Mechanismen der Quersubventionierung die Daseinsvorsorge, sondern die Grundversorgung würde nach markt- und konkurrenzwirtschaftlichen Prinzipien organisiert. Während beim Solidarprinzip Gleichheit und Gerechtigkeit (zumindest politisch programmatisch) die handlungsleitenden Normen sind, muss für die Privatwirtschaft notwendig die Rentabilität oberstes Ziel sein. Privatunternehmen investieren dort, wo Kaufkraft und schnelle Rendite zu erwarten sind. Dem Staat bleiben die Daseinsvorsorge der Armen, die keine kaufkräftige Kundschaft darstellen, oder schwierige, besonders investitionsintensive Bereiche. So zeigt sich bei der Privatisierung der Wasserversorgung, dass die multinationalen Konzerne eher in Schwellenländern als in armen Ländern investieren, eher in wohlhabenden Stadtteilen als in armen Randzonen, eher in Städten als in ländlichen Gebieten und eher in der Wasserversorgung als in die schwierigere Abwasserentsorgung.

Öffentliche Güter wie Wasserversorgung, Gesundheit und Bildung werden auf neuen Märkten in-Wert-gesetzt und kommerzialisiert. Von KritikerInnen der Privatisierung wird deshalb befürchtet, dass Grundrechte auf Daseinsvorsorge zu einer Frage der Kaufkraft und des Wettbewerbs werden, bei dem die Armen - und die absolute Mehrzahl der weltweit Armen sind Frauen - den Kürzeren ziehen oder leer ausgehen. Die Weltbank setzt darauf, dass die Staaten Regulierungsinstanzen und -instrumente aufbauen, um dies zu verhindern und die Qualität der Leistungen der Privatunternehmen zu überprüfen. Es ist jedoch fraglich, ob die Regierungen in der Lage sind, Kontrolle über ökonomisch mächtige Konzerne auszuüben und ob solche Regularien von der WTO nicht als wettbewerbshemmend abgelehnt werden.

Im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen führten viele Länder des Südens bereits seit den achtziger Jahren Privatisierung von

Staatsbetrieben durch. Weltbank und Internationaler Währungsfonds knüpfen Kreditvergabe bis heute an die Bedingung, dass Regierungen Teile des öffentlichen Sektors privatisieren. In Chile wurde bereits seit 1981 unter dem neoliberalen Militärregime Pinochet das Gesundheitswesen teilprivatisiert. Die Rechtfertigung lautet stets, dass die Investitionen, die zur Sanierung maroder staatlicher Einrichtungen notwendig sind, von der öffentlichen Hand und Entwicklungshilfemitteln nicht aufgebracht werden können. Der Privatsektor garantiere mehr Effizienz und vermittelt über den Wettbewerb ein preisgünstiges Angebot, das in einem Trickle-down-Effekt auch arme Bevölkerungsschichten erreichen könne.

Auch in Industrienationen und deutschen Kommunen ist die Begründung für die Privatisierung stets die Finanznot der Haushalte. Sie macht aus der bisher schleichenden Privatisierung eine galoppierende.

Für Frauen ist der Dienstleistungssektor und seine Entwicklung von herausragender Bedeutung. Mit Ausnahme weniger arabischer Länder ist der Dienstleistungsbereich der größte Beschäftigungssektor von Frauen. Die in den vergangenen Jahrzehnten weltweit zu beobachtende Feminisierung der Beschäftigung steht in einem engen Zusammenhang mit dem Anwachsen von Dienstleistungsbranchen in vielen Gesellschaften. Der öffentliche Sektor ist in vielen Ländern auch infolge einer pro-aktiven Gleichstellungspolitik der Hauptarbeitgeber für Frauen, und die Beschäftigung von Frauen war dort über viele Jahre sicherer als Jobs im privaten oder gar im formellen Sektor.

Insgesamt gelten Frauen als doppelt prädestiniert für Service-Tätigkeiten, zum einen aufgrund ihrer hauswirtschaftlichen, kommunikativen und fürsorglichen Fähigkeiten vor allem für soziale, personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungen, zum anderen weil ein wachsender Anteil von Service-Leistungen flexibilisiert und informalisiert, geringqualifiziert und niedrigentlohnt sind, d.h. nicht in formalen Beschäftigungsverhältnissen und als tariflich bezahlte Vollzeitarbeit verrichtet werden. Der Markt nutzt den Mythos, dass Frauen lediglich Zusatzverdienerinnen neben dem Mann als vermeintlichem Familienernährer sind, und die Tatsache, dass

sie höchst flexibel sind, um sie in ungeschützte und niedrigentlohnte Arbeitsverhältnisse zu integrieren. Im Dienstleistungssektor sind formale, informelle und unbezahlte Arbeit eng verschränkt und klare Grenzziehungen nicht möglich. Die als "Schattenarbeit", informell und in "Grauzonen" z.B. von illegalen MigrantInnen geleistete Arbeit taucht jedoch in volkswirtschaftlichen Statistiken nicht als wertschöpfend auf. Völlig unsichtbar und von der neoklassischen Ökonomie und dem öffentlichen Bewusstsein als nicht produktiv gewertet, bleibt die gesamte unbezahlte Arbeit von Frauen in Haushalt, Familie und im "Küchengarten", wo für den eigenen Kochtopf angebaut wird. Diese nicht monetär entlohnte, "reproduktive" Sorgearbeit und Haushaltsökonomie von Frauen (care economy) stellt das Fundament der gesellschaftlichen Grundversorgung dar. Öffentliche Daseinsvorsorge und private, überwiegend von Frauen geleistete Fürsorge greifen im Wortsinn Hand in Hand.

Empirische Studien zu Strukturanpassungsprogrammen haben nachgewiesen, dass die Privatisierung staatlicher Daseinsvorsorge, öffentlicher Güter und Dienstleistungen unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen hat. Lebenschancen und Arbeitsbedingungen sind von Frauen in mehrfacher Weise negativ betroffen. Am Beispiel des Gesundheitssektors lässt sich exemplarisch die Tendenz zeigen, Frauen mehrfach zu belasten und damit die Asymmetrien in den Geschlechterverhältnissen erneut zu verstärken statt sie zu beseitigen. a) Wo der "aufgeblähte", ineffizient arbeitende öffentliche Sektor verschlankt und rationalisiert wird, wo Personalkosten eingespart werden, sind es in der Regel niedrig-qualifizierte Frauen und Frauen in pflegerischen Berufen, die als erste entlassen werden. Im privatisierten Gesundheitswesen gelten Frauenförderauflagen als wettbewerbsverzerrend und werden beseitigt. b) Privatisierung führt zu einem Zweiklassensystem mit medizinisch gut ausgestatteten privaten Kliniken und Praxen und einer von der Ausstattung und den Leistungen her miserablen öffentlichen Gesundheitsversorgung, für die häufig Nutzungsgebühren erhoben werden. Für arme Frauen sind bereits diese Nutzungsgebühren eine nicht überwindbare Zu-

gangsbarriere. So sank in Simbabwe nach Einführung von Nutzungsgebühren die Zahl der Krankenhausgeburten drastisch und die Mütter- und Kindersterblichkeit stieg dramatisch an. Teure AIDS-Medikamente, die HIV-infizierte Frauen behandeln und verhindern, dass das Virus auf ihre Babys übertragen wird, sind unerschwinglich in Ländern, wo patentierte Medikamente nach dem TRIPS-Abkommen zu Monopolpreisen verkauft werden können. c) Wo medizinische Versorgung unerschwinglich oder durch öffentliche Träger nicht mehr gesichert wird, werden gesundheitserhaltende Tätigkeiten, Prävention und Pflege wieder in die privaten Haushalte verlagert und dort von den Frauen übernommen. In staatlichen Krankenhäusern bringen und waschen die Frauen die Bettwäsche ihrer Angehörigen, liefern alle Mahlzeiten, putzen den Boden. Das bedeutet, bezahlte Arbeit wird in die unbezahlte Frauen- und Haushaltsökonomie zurück verschoben. Nahezu die gesamte Pflege AIDS-kranker Personen wird in Afrika in Privathaushalten von Frauen geleistet. Je mehr unbezahlte Sorgearbeit Frauen zu leisten haben, desto weniger Zeit und Energie bleibt ihnen, durch Erwerbsarbeit die Überlebensbedingungen ihrer Familien abzusichern und zu verbessern. Auf diesem Hintergrund ist es eine Frage von Demokratie und politischer Transparenz, sowie von sozialer und Geschlechtergerechtigkeit, dass die Öffentlichkeit über die Liberalisierungsabkommen und -strategien der WTO informiert wird und ihre weitreichenden Implikationen erkennt. Aus einer Geschlechterperspektive ist es notwendig, die Folgen von GATS, vor allem aber der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Güter für Frauen und Geschlechterverhältnisse zu eruieren und daraus polit-ökonomische Forderungen abzuleiten. Weltweit fordern Nicht-Regierungsorganisationen ein Moratorium der Dienstleistungsverhandlungen. Bevor weiterverhandelt wird, soll zunächst geprüft werden, welche Auswirkungen bisherige Privatisierungen auf die Bevölkerung der verschiedenen Länder hatten. Außerdem wird eine "Demokratie-Runde" gefordert, an der zivilgesellschaftliche Kräfte teilnehmen und Einfluss ausüben können. Unbedingt muss offengelegt werden, welche Verpflichtungen einzelne

Regierungen bereits eingegangen sind. Es muss möglich sein, bereits erfolgte Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Prinzipiell wird gefordert, die öffentliche Grundversorgung nicht dem GATS-Regime und internationaler Konkurrenz zu unterstellen. Regierungen muss die Souveränität eingeräumt werden, nationale Investitionsregeln zu erlassen und die elementare Daseinsvorsorge vor dem Wettbewerb durch multinationale Konzerne zu schützen. Von internationalen Frauennetzwerken werden zudem kommunaler Ebene wird nach Alternativen gesucht.

Dr. rer. Pol. Christa Wichterich ist Soziologin, Lehrbeauftragte an verschiedenen Universitäten, freie Publizistin

GATS Kampagne, Attac Deutschland, www.gats-kritik.de - Version vom Fr, 02.05.03. Attac Deutschland, www.attac.de Münchner Str. 48, 60329 Frankfurt. Tel.: +49 (0)69/900281-10, Fax -99. info@attac.de www.attac.de/gats/texte/wichterich.php

FRAUEN STOPPT GATS!

Bericht vom Internationalen Kongreß

Maria Mies

Dies war der Slogan des Internationalen Kongresses: DIENSTE OHNE GRENZEN? GATS; PRIVATISIERUNGEN UND DIE FOLGEN FÜR FRAUEN, der heute, am 11. Mai 03 in Köln zu Ende ging. 500 Frauen und einige Männer nahmen drei Tage lang von morgens bis abends an diesem Kongress teil.

„Zeuginnen“ berichteten darüber, wie sie durch die bereits laufende Privatisierungswelle marginalisiert wurden und in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden. International renommierte Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen analysierten die Folgen der neoliberalen Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und sozialen Diensten in ihren Ländern und international für die Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere für Frauen. Der Kongress schlug so den Bogen von der persönlichen bis zur globalen Ebene von WTO und GATS.

Das, was die meisten „Opfer“ dieser Politik bisher als persönliches Schicksal angesehen hatten, erschien so in einem globalen Kontext als verstehbar und auch als veränderbar.

Dazu trug die ungeheure Fülle der Informationen und Analysen bei, die Frauen wie Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Christa Wichterich (Deutschland), Naila Khan (Bangladesh), Claudia von Werlhof (Österreich), Theresa Wolfwood (Kanada), Maite Llanos (Argentinien) und Sarah Sexton (GB) in Plenumsbeiträgen vortrugen.

Die Empörung aber auch die Ermutigung wuchsen von Vortrag zu Vortrag über das, was Maude Barlow als die "neuen globalen Königshäuser" bezeichnete, die Multinationalen Konzerne, die sich, gestützt von WTO und den willfährigen Regierungen, die gesamten Wasserressourcen der Welt, die Gesundheits- und Pflegesysteme, die Bildung der Menschen, vom Kindergarten bis zur Universität als profitträchtige Investitionsbereiche unter den Nagel reißen wollen oder schon gerissen haben. In Kerala, Indien, verkaufte der Staat z.B. 1,5 Millionen Liter Wasser an Coca Cola. Die Folge: In zwei Monaten sank der Grundwasserspiegel in diesem wasserreichen Land und Seen trockneten aus. Selbst das Wasser der "heiligen Mutter Ganges" sollte an den französischen Wassermulti Suez verkauft werden. An einem anderen, schon verkauften Fluss stellten die neuen Privateigentümer Polizeikräfte an das Ufer, die die Frauen verhafteten, die noch im Fluss waschen oder baden wollten. Das gilt jetzt als Wasserdiebstahl. 100 000 Frauen demonstrierten so lange, bis die Privatisierung zurückgenommen wurde.

Naila Khan berichtete, wie die Armut, besonders unter Frauen in ihrem Land gestiegen ist, seit die Regierung die neoliberale Privatisierungspolitik die Basisgesundheitszentren geschlossen und das Land für den freien Import von teuren Medizinern und Geräten geöffnet hat. Die Rate der Müttersterblichkeit ist gestiegen. Sie berichtete auch, wie die Bevölkerung, insbesondere die Frauen sich sowohl gegen die neuen Wirtschaftskrieger, die Multis wie gegen die Militärkrieger wehren, z.B. gegen den Krieg um Öl im Irak. Es fanden nicht nur 7000 Demonstrationen im ganzen Land statt, sondern eine breite Boykottbewegung gegen US-Produkte wie Coca Cola und Benson & Hedges Zigaretten hat den Umsatz dieser Konzerne drastisch reduziert. Dieser Boykott wird vor allem von den ärmeren

Menschen wie kleinen Straßenverkäufern befolgt.

Christa Wichterich (NRO-Frauenforum) betonte, dass es gerade für Frauen gute Gründe gibt, gegen GATS zu sein. Sie sind in besonderer Weise und stärker betroffen von der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, weil das GATS ein Instrument "zum Wohle" der Unternehmen ist, wie die EU selbst sagt, nicht für das Gemeinwohl. Für Frauen bedeutet GATS wachsende Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitshetze, mehr Jobunsicherheit, Billigjobs, mehr Konkurrenz. GATS ist ein Schlag ins Gesicht der Demokratie, bedeutet weniger Sorge um Qualität, weniger Rücksicht auf die Ökologie und größere gesellschaftliche Polarisierung zwischen denen, die sich die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse noch leisten können und denen, die es nicht mehr können.

Eva Hack (Deutschland) berichtete, wie sämtliche Sozialeinrichtungen in Deutschland, die privaten, wie die öffentlichen, die profitträchtigen wie die gemeinnützigen Vereine eine sog. Qualitätskontrolle durchführen müssen. Maßstab für die "Qualität" ist dabei die ISO-Industrienorm, die für Maschinen erfunden wurde. Hilfesuchende sind jetzt "Kunden", der 1976 von Feministinnen gegründete Verein "Frauen helfen Frauen e.V." ist eine GmbH., eine Firma, die nur nach Kosten-Nutzen-Erwägungen geführt wird.

Viele der Plenumsvorträge waren begleitet von Berichten über den Widerstand gegen diese menschen- und naturverachtende Politik, die alles und jedes zur Ware auf einem globalen, kapitalistischen Markt macht. Dieser Widerstand beschränkt sich nicht nur auf die Länder des Südens. So wehren sich auch in Kanada die Menschen mit Erfolg gegen GATS und die Privatisierungspolitik. Theresa Wolfwood berichtete, wie die Bevölkerung die Komplizenschaft der Regierung mit den amerikanischen Investoren aufdeckte – z.B. mit Pepsi Cola im Schule- und Universitätssektor - und Städte wie Vancouver und die Provinz British Columbia sich zu "GATS-freien-Zonen" erklärten.

Claudia von Werlhof zeigte auf, dass GATS und die Privatisierungen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich nicht nur die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung

und Lehre, sondern auch die grundlegenden Begriffe von Wissen und Erkenntnis zerstören. Was übrig bleibt ist maschinenhaftes Wissen, ohne Subjekte, ohne Hirn und Herz, das im Endeffekt nicht einmal für die Verwertungszwecke der Privatisierer nützlich ist. Die Folge: Es funktioniert bereits heute nichts mehr. Die Computer sind voll. Die Hirne und Herzen sind leer.

Gegen diese Zerstörung des lebendigen Zusammenhangs, den die Universitätsreform in Österreich – wie auch in Deutschland – anstrebt, hat sie in Österreich eine starke Protestbewegung zunächst an der Universität Innsbruck ins Leben gerufen. Sie umfasst nicht nur Studenten, sondern auch Professoren und hat darüber hinaus dazu geführt, dass sich auch in anderen Städten, sogar in Wien Widerstand rührt und dass inzwischen ein "Forum gegen GATS" existiert. Dieses Anti-GATS Forum hat bereits jetzt erreicht, dass sich, wie damals gegen das MAI, Städte und Länder, z.B. das Burgenland und Vorarlberg zu "GATS-freien-Zonen" erklären.

Nach einer Vertiefung all der angesprochenen Themen in Arbeitsgruppen fand am Sonntag vormittag die Diskussion um Widerstand, Perspektiven und Alternativen und mögliche langfristige und kurzfristige Aktionen statt. Der Abschluss des Kongresses war so etwas wie die Ernte der vorangegangenen Tage. Es wurde deutlich, dass die "Andere Welt" von der Attac und viele andere seit den Sozialforen von Porto Alegre sprechen, nicht nur ein frommer Wunsch ist, sondern schon in vielfältiger Form Gestalt angenommen hat, z. T. als Ergebnis der Kämpfe gegen die neoliberale Bankrott-Politik. Eindrücklich berichtete Maite Llanos (Argentinien) wie sich die Menschen und wiederum besonders die Frauen erfolgreich gegen die neoliberale Politik von WB, IWF und WTO wehren, gegen die Regierungen, die diese Politik ohne Not in Argentinien durchgesetzt und dieses reiche Land in kurzer Zeit in Armut, Abhängigkeit und den Bankrott gestürzt haben.

Frauen führten den Kampf gegen diese Regierungen mit ihren Casserolazzos an, den Topfdeckel-Demonstrationen. Sie zogen aus den Küchen aus und blockierten als "Piqueteras" mit den Männern die Straßen und Straßen-

kreuzungen, so dass der Abtransport der notwendigen Güter verhindert wurde. Sie nahmen Teil an den Volksversammlungen, bei denen über eine andere Wirtschaft und Politik diskutiert wurde. Die Mütter der Plaza de Mayo marschierten an der Spitze dieser Züge. Als die Unternehmer ins Ausland flüchteten, übernahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen die Fabriken und produzierten weiter. Aber nicht mehr für den Export, sondern für die eigene Bevölkerung. Frauen übernahmen so eine Textilfabrik und führten die Produktion weiter, aber für den eigenen Markt.

Als die Polizei sie rauswarf und auf die Strasse setzte, nahmen sie die Nähmaschinen mit und nähten auf der Strasse weiter. In dieser Widerstandsaktion wird symbolisch deutlich, dass jetzt auch für Frauen ein neues historisch Kapitel aufgeschlagen ist: Raus aus der Küche, aus Fabrik und Büro – raus auf die Strasse! Dieses Motto bedeutet das Gegenteil der offiziellen Gender-Mainstreaming Strategie, die nichts anderes bezweckt, als die Frauen (Gender) in den "Mainstream" – den neoliberalen, kapitalistischen, globalen Markt einzuführen, als Billiglohnarbeiterin, Ich-AGs, prekäre Dienstleisterin, Sex-Arbeiterin, Putzfrau, Dienstmädchen, Heimarbeiterin, Computerarbeiterin im globalen Markt. Politik.

Der Beifall aus dem Plenum, das bis zum Schluss voll besetzt war, zeigte, dass die Botschaft des Kongresses angekommen war. Die Konfrontation der Frauen mit dem Bankrott der derzeitigen Wirtschaftspolitik weltweit, die nur zu weiteren Kriegen wie im Irak führt, führte jedoch nicht zu Resignation und Lähmung. Im Gegenteil. Alle Frauen fühlten sich ermutigt und gestärkt durch die internationalen Beispiele des erfolgreichen Widerstands. In der Schlussrunde sprühten sie nur so von kreativen Vorschlägen – langfristigen sowie kurzfristigen und zu eigenen Aktionen angelegt, auf der kommunalen wie der nationalen und globalen Ebene. Allen war klar geworden:

Das GATS muss weg! Es lässt sich nicht verbessern. Wir sind viele und wir werden den Raub an unseren Lebensgrundlagen: Wasser, Wissen, Kultur, Gesundheit nicht zulassen. Unsere Solidarität mit allen Schwestern und Brüdern weltweit, mit allen Schwachen ist kein Dienstleistungsmarkt. Wir sind die

sind die Mehrzahl, wir haben Intelligenz und Kraft. Die Welt ist keine Ware, die Natur ist keine Ware, wir Frauen sind keine Ware. Der Kongress schloss mit der Erklärung von Ilona Plattner, Koordinatorin des Frauennetzes Attac, das den Kongress organisiert hatte: HEUTE HABEN WIR EINEN WESENTLICHEN SCHRITT GETAN EIN WELT-FRAUENSZIALFORUM ZU REALISIEREN.

Maria Mies, Professorin (i.R.) für Soziologie, Köln

Kritik zu: „GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN“

Dem gemeinsamen Aktionspapier von ATTAC;DGB und VENRO¹, Maria Mies

Als uns das Positionspapier von Attac zufällig in die Hände fiel, haben wir uns wie andere Mitglieder und Sympathisanten von ATTAC sofort gefragt: Wer hat dieses Papier im Namen von ATTAC mitverfasst und legitimiert? Wie kommt es, dass es ohne Diskussion mit der Basis als DIE ATTAC-Position der Presse übergeben wurde? Diese kritischen Nachfragen beziehen sich jedoch nicht nur auf das undemokratische Verfahren, womit eines der wichtigsten Elemente einer anderen, besseren Gesellschaft - der demokratische Entscheidungsprozess - mit Füßen getreten worden ist, sondern ebenfalls auf den Inhalt. Beides gehört zusammen: das Verfahren und der Inhalt. Denn dieses Papier suggeriert nicht nur, dass es in ATTAC nur EINE Position zur Problematik der Globalisierung gibt, sondern auch, dass diese Position mehr oder weniger identisch ist mit der Position des DGB und einiger Entwicklungs-NROs. Dies trifft nicht zu. ATTAC ist nur ein Teil der internationalen Protestbewegung gegen die Globalisierung. In Deutschland, wie in Frankreich und anderen Ländern haben sich verschiedene Gruppen mit verschiedenen Zielen dieser Bewegung und auch ATTAC angeschlossen. Bisher beruht die Lebendigkeit der Bewegung und auch von ATTAC auf der Vielfalt und Heterogenität dieser verschiedenen Gruppen, Organisationen und Interessen. Der Versuch, diese Vielfalt einer Bewegung einer einheitlichen, politischen LINIE zu unterwerfen, hat zwar in Deutschland Tradition, hat aber zu dem geführt, was unsere Parteien, Gewerkschaften

und Regierungen unfähig gemacht hat, rechtzeitig kreativ und unbürokratisch auf die Bedrohungen durch den konzerngesteuerten globalen Kapitalismus zu reagieren. Das Positionspapier ist ein erneuter Versuch, das Wasser und das politische Potential dieser neuen sozialen Bewegung wieder einmal auf die alten Mühlen des DGB und der SPD zu lenken. Organisationen, die zwar die Macht hätten, politische Veränderungen herbeizuführen, aber bisher in Deutschland die Bevölkerung weder über die Gefahren der neoliberalen Globalisierung informiert, geschweige denn zum Protest aufgerufen haben (siehe MAI²).

Diesem Versuch entspricht auch der Inhalt des Papiers. Ein Kommentator sagte, es liest sich wie das Wahlprogramm der SPD. Uns kam es vor, als wäre es abgeschrieben aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages: "Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten" (Bundestags- Drucksache 14/6910) Es wimmelt nur so von Widersprüchen und frommen Wünschen, die aber alle die tatsächlichen ökonomischen, politischen und militärischen Machtverhältnisse des konzerngetriebenen, konkurrenz- und profitorientierten globalen Kapitalismus nicht in Frage stellen und somit auf die Stabilisierung und Sicherung des herrschenden Systems abzielen.

Soweit zur undemokratischen Form und wahren Intention des Papiers. Kommen wir konkret zum Inhalt: Beginnen wir mit dem Anfangsstatement, dass Globalisierung als solche nicht in Frage gestellt werden könne. Sie benötige lediglich ein "soziales und demokratisches Gesicht. Es gilt nicht der Globalisierung zu entkommen, sondern sie politisch zu gestalten."³ D.h. nichts anderes, als dass die ökonomischen Tatsachen, die die Global Players und ihre Institutionen bisher geschaffen haben, als alternativlos akzeptiert werden. TINA (There is No Alternative - M. Thatcher 1979). Weiter heißt es: "Mit der vorliegenden Erklärung haben sich der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) und ATTAC das Ziel gesetzt, die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu einem größeren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit - demokratischem Ant-

litz aufzufordern."⁴ Etwas später wird fortgeführt: "Globalisierung in der heute vorherrschenden Form ist nicht von allein in Gang gekommen. Die Ausweitung und damit die Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren politisch gewollt. Entscheidende Triebkräfte waren nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Regierungen der USA, Japans sowie der Mitgliedsstaaten der EU. Sie haben die Weichen für eine Liberalisierung der Märkte, und zur Zurückdrängung öffentlicher Daseinsvorsorge gestellt."⁵

Jetzt soll(en) Regierung(en) die Globalisierung gerecht gestalten, die zuvor der neoliberalen Globalisierung Tür und Tor geöffnet haben. Die politischen Bewegungen, die Bürgerinnen, die Menschen sind hier nicht mehr die Akteure, die eine andere Welt gestalten. Weg von den lästigen Straßenaktionen und den langwierigen demokratischen Entscheidungsprozessen! Globale Märkte müssen auf globalen Regeln und Institutionen beruhen, die eine menschenwürdige Entwicklung und das Allgemeinwohl über die Interessen von Unternehmen und nationalen Vorteilen stellen. Eine Rückkehr zu einer Fixierung der Politik auf die nationalstaatliche Ebene ist keine wünschenswerte Alternative,⁶ heißt es weiter. Hiermit erfolgt konsequenterweise zum Anfangsstatement die Festlegung auf eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsweise sowie auf einen weltweiten Warenaustausch. Dieses spiegelt nicht den Diskussionsprozess innerhalb ATTAC über alternative Wirtschaftsweisen wider. Ein nicht unerheblicher Teil der ATTAC-Bewegung spricht sich gegen eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung aus, in der der marktwirtschaftliche Preis als gesellschaftliches Ordnungs- und Verteilungsinstrument fungiert.

Bereits Anfang 1974 wurde von den Entwicklungsländern eine Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien gefordert. "Die Beobachtung, dass eine auf marktwirtschaftlichen Prinzipien basierende Weltwirtschaftsordnung zu einer Vertiefung der Kluft zwischen arm und reich führt, hat die Entwicklungsländer in den letzten Jahren zu der Forderung veranlasst, die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung zu reformieren. Das Konzept der Entwicklungsländer für eine Neuordnung der Weltwirtschaftsbeziehungen wurde erst-

mals auf der UN-Sonderkonferenz für Rohstofffragen vom 9.4.1974 bis zum 2.5.1974 diskutiert. Dieses Konzept beinhaltet im Kern eine Abkehr von einer durch die Marktprinzipien determinierten, internationalen Arbeitsteilung".⁷

Wir wissen, dass das marktwirtschaftliche Konkurrenzprinzip mit dem ihm inhärenten Zwang zu Konzentrationsprozessen zu einem unglaublichen Ressourcenverbrauch, zur Zerstörung von Millionen von Kleinbauern und Kleinbetrieben im Süden, zu Arbeitsplatzvernichtung, irreversiblen Umweltschäden und zu einer Polarisierung zwischen Arm und Reich etc. führt. Wir wissen, dass die internationale Arbeitsteilung zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern durch Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus seitens europäischer Mächte, der USA und Japans erzwungen worden ist; dass sie zu Monokulturen, Exportabhängigkeit und Armut bei den Entwicklungsländern geführt hat und noch immer führt.

So besagt die Theorie der strukturellen Abhängigkeit und Unterentwicklung, dass die internationale Arbeitsteilung nicht zu einer größeren Gleichheit führt, wie dies aus der Theorie des internationalen Handels abgeleitet wird⁸, sondern verstärkt die bestehende Ungleichheit.⁹ Auf globale Märkte zu setzen, bedeutet daher, die bestehenden internationalen Strukturen und Machtverhältnisse zu akzeptieren und festzuklopfen. Alternativen hierzu gibt es jedoch zahlreiche.¹⁰

Nachdem sich die Verfasser dieser Erklärung auf das globale marktwirtschaftliche System festgelegt haben, machen sie im Detail folgende Vorschläge:

1. Armutsbekämpfung

Es wird die Erhöhung der bundesdeutschen Entwicklungshilfe von 0,27 % auf 0,7 % des Bruttosozialprodukts bis 2010 vorgeschlagen. Ein weiterer Schuldenerlass für die Ärmsten soll initiiert werden. "Die Bundesregierung" soll "sich für eine bessere Anwendung und Weiterentwicklung des UN-Menschenrechtsabkommen einsetzen, insbesondere in Bezug auf die Erarbeitung eines Verhaltenskodex für das Recht auf Nahrung."¹¹ Diese Forderung bleibt weit hinter dem zurück, was die Entwicklungsländer bereits 1974 in der "Erklä-

zung über die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung" von der UN-Sonderkonferenz gefordert haben und von der 6. Sondergeneralversammlung der UNO nach langem Prozedere angenommen worden ist. Dies zeigt zum einen die unerträgliche Moderatheit der ATTAC-Erklärung. Zum anderen, dass die UNO der falsche Adressat für derartige Forderungen ist, denn realisiert wurde von dieser UN-Resolution aufgrund des Widerstands der einzelnen Industrieländer nichts. Forderungen wie Streichung der Schulden der Entwicklungsländer, Finanzierungshilfen für den Wiederaufbau einer von den Industrieländern unabhängigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, Weg vom Export hin zur Selbstversorgung etc. sucht man in der ATTAC-Erklärung vergeblich. Ausserdem ignorieren die Autoren, dass der Generalsekretär der UNO, Kofi Annan, 1999 den berühmten berichtigten „Global Compact" mit den Multinationalen Konzernen abgeschlossen hat, der zwar einerseits die Multis zur Einhaltung ethischer Normen verpflichtet, genau so wie die OECD-Richtlinien, dass aber gleichzeitig alle diese Normen keinerlei Verbindlichkeit haben. Im Gegenteil, im Bestreben, eine Partnerschaft mit den Konzernen zu erreichen, wurden bestehende Übereinkommen (Conventions) inzwischen teilweise schon „flexibilisiert" und den Wünschen der Multis angepasst. So geschehen vor zwei Jahren, als die ILO auf Wunsch der Konzerne die Konvention zum Kündigungsschutz von schwangeren Frauen aufweichte. Dieser Beschluss wurde sogar von der stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Frau Engelen-Kefer, unterschrieben. Wie kann also die UNO oder gar die ILO die Kernarbeitsstandards garantieren, wenn sie selbst schon die neoliberale Doktrin akzeptiert haben und eine Partnerschaft mit den Multis anstreben? Solche Appelle sind doch nur Fensterreden.

2. Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz

Hier wird auf die Realisierung der Umwelt- und Entwicklungsziele des Gipfels in Johannesburg 2002 gesetzt. Für die Nutzung globaler öffentlicher Güter wie Luftraum und Meer soll bezahlt werden. Weitere Handelsliberalisierungen sollen erst nach der Prüfung ihrer

Auswirkungen auf die Umwelt, die Armut etc. erfolgen. Atomenergie soll nicht als nachhaltige Form der Energiegewinnung definiert werden. Über die Ergebnisse des Umweltgipfels in Johannesburg wurde selbst in der bürgerlichen Presse fast flächendeckend negativ berichtet.

Im Informationsbrief 09/02 für Weltwirtschaft und Entwicklung von WEED" ist zu lesen: "Der Umsetzungsplan von Johannesburg krankt im Kern an dem konzeptionellen Widerspruch, der auch schon früheren Aktionsprogrammen zum Verhängnis wurde. Er benennt einerseits ausdrücklich die Fehlentwicklungen der vorherrschenden Konsum- und Produktionsweisen und die negativen Folgen der Globalisierung, empfiehlt aber andererseits als Gegenmittel weitere Marktöffnung, Liberalisierung und die stärkere Einbeziehung der Privatwirtschaft, und damit Rezepte, die die Fehlentwicklung der Vergangenheit gerade befördert haben. Ein konsistenter Gegenentwurf zum neoliberalen Entwicklungsparadigma stand bei den offiziellen Verhandlungen nie zur Debatte." Vom Gipfel der Enttäuschung und der Ernüchterung war im allgemeinen die Rede. Wer auf Entgelte für die Nutzung von öffentlichen Gütern wie Luft, Meer etc. setzt, ermöglicht finanzkräftigen Unternehmen wie den Transnationalen Konzernen (TNK) die Nutzung dieser Güter. Andere, die nicht bezahlen können, werden ausgeschlossen. Dies ist erstens eine ungerechte Verteilung der Nutzung, zweitens werden dadurch die öffentlichen Güter nicht sparsamer oder ökologisch vernünftig genutzt. Weitere Handelsliberalisierungen werden grundsätzlich nicht ausgeschlossen. Den Ausstieg aus der Atomenergie sucht man vergeblich.

3. Reform der Internationalen Finanzarchitektur

"Es fehlt an ‚Leitplanken' für die Wechselkurse, die glaubhaft gegenüber dem Devisenmarkt durchsetzbar wären. Dieser Mangel engt die Spielräume für eine wachstumsfördernde, souveräne Konjunkturpolitik ein und behindert die Überwindung der seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre anhaltenden rezessiven Tendenzen¹². Es wird explizit auf volkswirtschaftliches Wachstum gesetzt. Wachs-

tumskritische Ansätze sucht man vergeblich. Spekulationen sollen beschränkt werden. Warum sollen sie nicht unmöglich gemacht werden? Finanz- und Steuerosen sollen beaufichtigt werden. Warum sollen sie nicht abgeschafft werden? Ein Kommentar zu derartigen "Reform"vorschlägen erübrigt sich.

4. Für eine soziale Gestaltung des Welt-handels

Die Aufhebung der Handelshemmnisse gegenüber Entwicklungsländern wird gefordert. Zur Exportorientierung der Entwicklungsländer haben wir schon einige Ausführungen gemacht. In unserem letzten Infobrief Nr. 10 haben wir einen Artikel von Vandana Shiva mit dem Titel: "Export um jeden Preis: Das Freihandelsrezept von Oxfam für die Dritte Welt" abgedruckt. Vandana Shiva weist darin nach, dass die Exportorientierung der Entwicklungsländer diese in die Armut treibt, abgesehen von den sozialen und lokalen Kosten für die Ökosysteme. Saral Sarkar beschäftigt sich in seinem Beitrag "Warum man die Globalisierung kritisieren soll" in diesem Infobrief ausführlich mit der Theorie der komparativen Kostenvorteile, die die theoretische Grundlage für den globalen Freihandel bildet. Er weist nach, dass die Theorie von falschen Annahmen ausgeht, und sich somit Theorie und Wirklichkeit widersprechen. Er kommt u.a. zu dem Schluss, dass der Fernhandel nicht das Hauptmittel ist, um die Armut zu beseitigen. Ein großer Streitpunkt innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung ist die Frage, ob die WTO reformierbar ist oder ob sie abgeschafft werden muss. In der ATTAC-Erklärung wird nicht einmal mehr die Reform der WTO gefordert.

5. Keine unbeschränkte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte

Die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte wird grundsätzlich nicht in Frage gestellt. D.h. dass den TNKs im Rahmen des globalen Wettbewerbs der Zugriff auf weitere Marktanteile (auch kommunale) gewährleistet wird. Es bleibt bei der Einschränkung, dass der öffentliche Dienst und soziale Dienstleistungsbereiche wie z.B. Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wasser vom allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen

(GATS) ausgenommen werden sollen. "Keine Übernahme von GATS-Verpflichtungen beim Vorliegen ernster Marktstörungen (Arbeitslosigkeit, Lohn- und Preisdumping)", so ist des weiteren in der ATTAC-Erklärung zu lesen. Da "Marktstörungen" überall auf der Welt vorliegen, müsste daraus notwendig und grundsätzlich gefolgert werden: Keine Übernahme von GATS-Verpflichtungen! Dabei hat Attac-Deutschland eine Kampagne mit dem Titel "Stoppt GATS" gestartet.

6. Regeln für transnationale Unternehmen

"Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein."¹³

Die Existenz der TNK wird in keinster Weise problematisiert. Es wird jedoch erkannt, dass deren Investitionen durchaus nationalen Umwelt- und Arbeitsnormen etc. widersprechen können. "Die Verhandlungen in GATT und WTO haben in der Vergangenheit wenig Fortschritt bei der Priorität für internationale Umweltabkommen gebracht und Menschenrechte sowie Kernarbeitsnormen komplett ausgeblendet. Dies ist keine Grundlage, auf der innerhalb der WTO eine Investitionsordnung zu erwarten ist, deren Zielvorgabe nicht Liberalisierung, sondern Entwicklung und sozialer Fortschritt wäre."¹⁴ Deshalb soll sich die Bundesregierung gemäß der ATTAC-Erklärung für eine neue internationale Investitionsordnung jenseits der WTO einsetzen. Dieselben Regierungen, die 1995 die WTO (damals 125 Gründungsländer, heute 135 Mitgliedsländer) gegründet haben, deren zentrale Aufgabe und Zielvorstellung die globale Durchsetzung des Freihandels im Interesse der TNKs ist, sollten nun eine internationale Investitionsordnung jenseits der WTO schaffen. Dies ist mehr als paradox. Wiederum ist festzuhalten: es wird weder eine Reform, noch die Abschaffung der WTO gefordert, noch die Existenz der TNK angeprangert. Es ist das gleiche Paradox, das wir schon in bezug auf die UNO beobachten konnten.

7. Demokratisierung des Globalisierungsprozesses

Hier bleibt es im wesentlichen bei Forderungen wie "gleichberechtigter Zugang zu Infor-

mationen", „Anhörungsrechte“ und der frühzeitigen“ Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in wichtige Entscheidungen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftspolitik“. ¹⁵ Es wird offensichtlich davon ausgegangen, dass die Entscheidungsträger auf nationaler, EU- und internationaler Ebene nur die Argumente der zivilgesellschaftlichen Akteure zu hören brauchten, um nicht die falschen, sondern die richtigen, sozial-ökologisch sinnvollen Entscheidungen treffen zu können. Von Machtinteressen der politischen Entscheidungsträger bzw. deren Lobbyisten ist an keiner Stelle die Rede.

Sicher ist, dass die Transnationalen Konzerne nichts zu fürchten hätten, wenn "zivilgesellschaftliche Akteure und NGOs" wie die, die die obige Erklärung verfasst haben, mit am Verhandlungstisch säßen. Die ATTAC-Erklärung ist zutiefst undemokratisch zustande gekommen und ein Schlag ins Gesicht für die unzähligen Menschen, die im Namen von ATTAC unter dem Motto "Eine andere Welt ist möglich" in den unterschiedlichsten Formen und mit den unterschiedlichsten Mitteln für eine andere Welt kämpfen. Die Kölner ATTAC-Gruppe will beim nächsten Plenum im Januar 2003 den Rücktritt des ATTAC-Koordinierungsausschusses fordern, der diese Erklärung zu verantworten hat. Wir fordern hiermit alle ATTAC-Basisgruppen zu gleichem Handeln auf. Des Weiteren muss die Erklärung im Namen von ATTAC zurückgenommen werden! Wir werden versuchen, diesen Kommentar auf der ATTAC-Mailingliste veröffentlichen zu lassen.

Barbara Kleine (nc-kleineba@netcologne.de)

Maria Mies (Mariamies@aol.com)

Anmerkung:

¹ Das Positionspapier wurde veröffentlicht auf der Attac-Webseite: www.attac-netzwerk.de

² Multilaterale Abkommen über Investitionen

³ Globalisierung gerecht gestalten, S. 1

⁴ ebenda, S. 1

⁵ ebenda, S. 1

⁶ ebenda, S. 1

⁷ Gahlen/Hardes/Rahmeyer/Schmid, Volkswirtschaftslehre, J.C.B. Mohr, Tübingen 1978

⁸ vgl. ebenda, S. 347 ff. sowie den Beitrag von Saral Sarkar in diesem Infobrief: Warum man die Globalisierung kritisieren soll, erhältlich per e-mail bei nc-kleineba@netcologne.de, Infobriefe erhältlich bei: Hermine Karas: Blumenstr. 9, 50670, e-mail: karas-koeln@t-online.de,

⁹ vgl. ebenda, S. 347 ff.

¹⁰ Einige Alternativen haben wir bereits in unseren Infobriefen dargestellt, z.B. in Infobrief 7, Saral Sarkar: Öko- Sozialismus - Das Ergebnis meiner Suche nach einer Alternative, Infobrief 10 und 11, Maria Mies: Den kapitalistisch-patriarchalen Eisberg abschmelzen, Subsistenz-Lebenswelten aufbauen. Per e-mail erhältlich bei: nc-kleineba@netcologne.de, Infobriefe bei: Hermine Karas, Blumenstr. 9, 50670 Köln, e-mail: karas-koeln@t-online.de

¹¹ Globalisierung gerecht gestalten, S. 2

¹² Globalisierung gerecht gestalten, S. 3

¹³ Globalisierung gerecht gestalten, S. 4

¹⁴ ebenda, S. 5

¹⁵ vgl. ebenda, S. 5

THEMEN

Einladung zum internationalen FrauenLesbenTransgender Workcamp

*auf dem Gelände des ehemaligen Mädchenkonzentrationslagers und Vernichtungslagers
Uckermark vom 10-24.8.03*

Das Gelände des ehemaligen KZ Uckermark liegt 90 km. nördlich von Berlin direkt neben der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Ravensbrück war von 1940-45 das grösste Frauenkonzentrationslager). In dem weitgehend unbekanntem KZ Uckermark wurden zwischen 1942 und 1945 ca. 1200 Mädchen und junge Frauen inhaftiert. Wer sind wir?

Wir, die neue Vorbereitungsgruppe, waren Teilnehmerinnen des letzten Camps. Wir haben uns entschieden die Arbeit fortzusetzen und für dieses Jahr ein neues Workcamp zu organisieren, um das Gedenken an das ehemalige Mädchen KZ und Vernichtungslager weiter in die Öffentlichkeit zu rücken. Uns ist es wichtig das antifaschistische Erbe weiterzutragen, die Erinnerungen an die Ravensbrückerinnen lebendig zu halten und die Gestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück mitzubestimmen. Eine wichtige Forderung der deutschen Lagergemeinschaft -und auch des Internationalen Ravensbrück Komitee- ist, dass das Uckermark-Gelände Teil der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück werden soll. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, diese Forderung umzusetzen. Nach langen Diskussionen in letzten Jahr, haben wir uns entschieden das Camp für Transgen-

der (Menschen die sich nicht in die zwei Kategorien Mann/Frau einordnen wollen) zu öffnen. Wir möchten die Transgender einladen die sich FrauenLesben Strukturen verbunden fühlen und die Wichtigkeit von anti-patriarchaler Arbeit teilen. Für uns war es auch wichtig das Camp wieder international zu machen. Wir haben Kontakte mit verschiedenen Organisationen, Vereinen... in verschiedenen Ländern in Europa gemacht. Die Übersetzung während des Camps, haben wir überlegt selber zu organisieren. Dass heißt, dass die Teilnehmerinnen, die sich das vorstellen können, diese Aufgabe, selber übernehmen. Bis jetzt können wir die folgenden Sprachen übersetzen: Französisch, Spanisch, Italienisch, Englisch und Deutsch. Was wollen wir arbeiten? Mögliche Projekte, anknüpfen an das letzte Baucamp, können sein:

- Verbesserung von Wegen und Schildern.
- Künstlerische Gestaltung des Ortes.
- Infostand in Fürstenberg, um der Bevölkerung das Projekt näher zu bringen.

- Innerliche Auseinandersetzung zum Thema "Asoziale" und wie kann Gedenken aussehen. Unterbringung: Wohnen, schlafen und essen werden wir gemeinsam im Pfarrhaus in Himmelport. Von dort aus ist es nicht weit zum Gelände der Uckermark. Wir werden in Mehrbettzimmern schlafen und haben einen See vor der Haustür. Bei Lust und Laune könnt ihr im Garten hinter dem Haus zelten.

Kosten: Durch die kurze Vorbereitungsphase können wir eine Vollfinanzierung nicht garantieren. Einen Eigenanteil in Höhe von ca. 100 € wird es für Unterkunft und Verpflegung geben. Die Fahrtkosten versuchen wir zu finanzieren. Wir wollen aber, dass Frauen kommen können, die wenig Geld haben und werden mit der Finanzierung schauen, wie das gehen kann. Anmeldung und weitere Information über: Bitte meldet euch bis zum 10.6.03 über folgende Adresse an: Hagazussa Frauenbuchladen Baucamp Uckermark

Friesenstr.12, 28203 Bremen

oder per e-mail an: baucamp2003@web.de

24 Teilnehmerinnen können sich anmelden.

Das Camp ist für FrauenLesbenTransgender.

Informationen zum KZ-Uckermark

Das KZ Uckermark wurde 1942 auf Anordnung der "Reichskriminalpolizei" errichtet. Im Juni 1942 wurden die ersten Mädchen

dorthin deportiert. Bis zur Befreiung durch die Rote Armee in April 1945 waren dort ca. 1000 Mädchen und junge Frauen inhaftiert. Die meisten von ihnen waren zwischen 16-21 Jahre alt; es ist jedoch auch bekannt, dass zwei ca. 8-jährige Schwestern in diesem Lager gefangen gehalten wurden. Die ersten Mädchen, die nach Uckermark kamen, waren von staatlichen "Fürsorge"-Organisationen als "Asoziale" herabgewürdigt und als "hoffnungslose Fälle" eingestuft worden. Als "Asozial" galt jedes Verhalten, das den Normen der "nazionalsozialistischen Volksgemeinschaft" widersprach. Das war z.B. Arbeitsverweigerung, Alkoholabhängigkeit der Eltern, auf Treue sein, Rebellion gegen und Flucht aus der unterdrückenden "Fürsorge". Mädchen, die den herrschenden Weiblichkeitsidealen nicht entsprachen wurden als "sexuell verwahrlost" in das Konzentrationslager eingewiesen. Während des Krieges wurde von Polizei und "Fürsorge" die Kontrolle über nicht angepasste Jugendliche verschärft. so konnte schon der Besuch eines Tanzlokals, Verstöße gegen das Alkohol- und nächtliche Ausgangsverbot, die Zugehörigkeit zur Swing-Jugend, die FreundInnen-schaft mit JüdInnen oder die Weigerung dem "Bund deutscher Mädchen" beizutreten, zum Haftgrund werden. Deportiert wurden ausserdem Mädchen, deren Eltern im Widerstand kämpften, die selbst oppositionell oder aktiv am Widerstand beteiligt waren. Bekannt ist weiterhin, dass mindestens zwei Sinti/Roma Mädchen inhaftiert waren, deren weiteres Schicksal bis heute unbekannt ist. Nicht bekannt ist, ob auch jüdische Mädchen in Uckermark waren. Die Alltagsbedingungen der Mädchen unterschieden sich nicht von denen anderer Konzentrationslager:

- Hunger
- Zwangsarbeit, u.a. bei Siemens und auf Gutshöfen der näheren Umgebung
- stundenlanges Appell stehen mehrmals am Tag
- ständige unwillkürliche Bestrafungen bei kleinsten "Vergehen".

Ausserdem bestand im gesamten Lager ein absolutes, 24-stündiges Rede- und Schweigeverbot. Im Januar 1945 wurde ein Teil des Mädchen-Konzentrationslagers geräumt und die meisten Mädchen in das Frauen-KZ Ravensbrück

verbracht. Der Geräumte Teil wurde zum Vernichtungslager. Aus dem Konzentrationslager Ravensbrück wurden alte (ab 52-jährige), kranke und geschwächte Frauen dorthin gebracht. Unter ihnen waren viele Widerstandskämpferinnen. Ein Teil der Frauen starb an den grausamen Bedingungen in diesem Lager: Die SS-Aufseherinnen entzogen ihnen tagelang Essen und trinken, Decken und wärmende Mäntel, so dass sie von Entkräftung starben. Andere Frauen wurden durch tödliche Injektionen oder Verabreichung von Gift ermordet. Sehr viele Frauen wurden in der Gaskammer in Ravensbrück vergast. Insgesamt ermordete die SS in dem kurzen Zeitraum von Januar bis April 1945 ca. 5000 Frauen. Nach der Kriegsende wurden die Baracken abgebrannt und mit Militärgebäuden der sowjetischen Armee überbaut. Das Uckermark -Gelände wurde bis 1993/94 von den GUS-Truppen militärisch genutzt. Die Lagergemeinschaft fordert seit 1994, dass das Uckermark-Gelände -ebenso wie das Siemensgelände- Teil der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück werden muss. 1997 fanden die ersten Workcamps auf dem Gelände statt. Bei den Ausgrabungen wurden Fundamente und ein komplettes Abflussrohr freigelegt. Zahlreiche Gegenstände wurden gefunden. Im Sommer 2001 fand das 2. Frauen-Lesben-Baucamp statt. Während dieses Workcamps wurden neben neuen Ausgrabungen versucht, vorhandene Fundamentreste sichtbar zu machen. Dazu wurden an 3 Eckpunkten einer ehemalige Baracke 2m. hohe Metallstehlen aufgerichtet um dem Gelände auch einen würdigen Mahnmalcharakter zu geben. Ausserdem wurde eine Beschilderung angebracht die den BesucherInnen die Möglichkeit gibt, selbständig zum ehemaligen Mädchen KZ und Vernichtungslager zu finden. Auch wurde ein Weg entlang des Ausgrabungsortes angelegt wo Hinweistafeln Interessierte kurz informieren. Im Sommer 2002 wurde während des FrauenLesben Workcamps, neben Ausbesserungsarbeiten an Wegen und Schildern und Verschönerung auf den Gelände, eine Informationsbroschüre erstellt. Es wurde sich auch künstlerisch mit den Thema Gedenken auseinander gesetzt wodurch sogenannten "Maschas, Maschendratfi-

guren“ entstanden die auf den Gelände aufgestellt worden sind.

Statistik: Berufstätige Frauen sind seltener krank als männliche Kollegen

Frauen sind doch das stärkere Geschlecht, jedenfalls in Bayern. Wie die AOK Bayern berichtet, meldeten sich berufstätige Frauen 2002 nämlich seltener krank als ihre männlichen Kollegen. Ihr Krankenstand habe im vergangenen Jahr nur 4,3 Prozent betragen, bei den Männern waren es 4,8 Prozent, teilt die Krankenkasse mit. Zudem sind Frauen mit durchschnittlich 15,7 Tagen pro Jahr auch kürzer krankgeschrieben als Männer, die es auf 17,5 Fehltage bringen. Insgesamt habe der Krankenstand der rund 2,3 Millionen bayerischen AOK-Mitglieder mit Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im vergangenen Jahr bei 4,6 Prozent gelegen. Die meisten Krankheitsfälle meldeten laut AOK die öffentliche Verwaltung (5,5 Prozent), das Baugewerbe (5,2 Prozent) und das Metallgewerbe (5,1 Prozent).

Insgesamt lassen sich die Arbeitnehmer aber immer seltener krankschreiben: In der gesamten Bundesrepublik lag die durchschnittliche Dauer der Krankenstände 2002 bei 14,5 Tagen und damit auf einem Rekordtief, das geht aus der Arbeitsunfähigkeitsstatistik des BKK Bundesverbandes hervor. Fast vier Fünftel der Krankheitstage entfallen dabei auf sechs Krankheitsgruppen: Platz eins nehmen mit 27,8 Prozent Muskel- und Skeletterkrankungen ein. Weit abgeschlagen auf Platz zwei rangieren Atemwegserkrankungen mit 16,2 Prozent vor Verletzungen und Vergiftungen mit 14,8 Prozent. Daran reihen sich Verdauungserkrankungen mit 6,8 Prozent und Kreislaufkrankungen mit 4,9 Prozent.

Die größten Zuwächse verzeichnen die Krankenkassen allerdings bei psychischen Erkrankungen: Im Jahr 2002 betrug ihr Anteil an den Krankheitstagen 7,5 Prozent. Im Vergleich dazu belief sich ihr Anteil 1980 noch auf 2,5 Prozent, 1990 auf 3,7 Prozent. Einen deutlichen Wachstumsschub verzeichnete man erstmals im Jahr 2000: Der Anteil psychischer Störungen an den Krankheitstagen betrug 6,9 Prozent. Und hier stehen Frauen wieder an

der Spitze der Statistik: Sie sind mit 77 Prozent mehr Fällen und 60 Prozent mehr Krankheitstagen im Vergleich zu Männern deutlich häufiger von psychischen Erkrankungen betroffen. (mf)

ComputerPartner online news, 17.04.2003

Mädchen: Roberta entdecken

Neue Strategien sollen Mädchen für die Entwicklung von Robotern begeistern. Denn die Programmierung von Panzerfahrzeugen, Kampf- oder Fußballrobotern schreckt sie eher ab. Sie möchten viel lieber praktische Aufgaben aus der Umwelt lösen. Die Werbung für technische und naturwissenschaftliche Berufe verstärkt sich auf Interessen junger Menschen. Beispiel dafür ist das gerade gestartete Modellprojekt "Roberta - Mädchen erobern Roboter" des Fraunhofer Instituts "Autonome intelligente Systeme (AiS)" in Sankt Augustin. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert in den kommenden drei Jahren mit über einer Millionen Euro dieses Projekt, das Naturwissenschaften und Technik spannend und praxisnah vermitteln will. Dabei möchten die AiS-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine neue Strategie verfolgen und richten die Konstruktions- und Programmieraufgaben nach Vorgaben aus der Natur. Denn Erfahrungen mit Kindern in Roboterkursen zeigten, dass die üblichen Roboteraufgaben wie die Programmierung von Panzerfahrzeugen, Kampf- oder Fußballrobotern Mädchen eher abschrecken. Dagegen faszinieren sie praktische Aufgaben aus der Umwelt. In dem Modellprojekt simulieren sie deswegen jetzt (unter anderem) eine Ameisenstrasse, bei der eine Roboterameise Nahrung entdeckt, den Weg dorthin markiert und die anderen Roboter über ein Signal benachrichtigt, wie sie den Weg zur Nahrung finden. Das AiS entwickelt für das Modellprojekt Lehr- und Lernmaterialien, die Lehrerinnen und Lehrern helfen, Roboterkurse ohne großen Aufwand schülerinnengerecht durchzuführen. Das Projekt wird über qualifizierte Kursleiterinnen und Kursleiter bundesweit vernetzt. (wt-bp)

Weitere Informationen zu Roberta unter:
ais.fraunhofer.de

Manhood and War

by Michael Kaufman

The war and now the occupation of Iraq is indeed about oil and the arms industries; it is about a particularly nasty dictator; it is about who controls the middle-east, and about the long-held political agenda of a small circle in the United States who happen to control the White House. All true, but it is also about men and masculinity.

When I say this war is about men I mean much more than a physical description of the vast majority of generals and politicians, enthusiastic corporate boosters, or soldiers who have been moulded by fear to kill on command.

Rather it is far deeper, embedded in the psyches of men, embedded in qualities that far too many men have learned to value, embedded in our political, social and religious cultures. The stories tell all: The former President Bush ushered in the last Gulf war twelve years ago with the taunt of a schoolyard bully, daring Saddam Hussein to step across a line in the sand. The White House and Pentagon evoked Old Testament images of patriarchal wrath when they spoke of "shock and awe." My dictionary defines "awe" as an overwhelming feeling of reverence, admiration, and fear. What does it say about those men? Picture an Iraqi mother or father, gripping their dead child in their arms, its legs torn from its body; would you imagine them feeling reverence or admiration? These are words for men who admire their ability to kill far more than the ability to give or nurture life. They celebrate a destructive brand of masculinity far more than the tender feelings they associate with femininity and which, apparently, they have come to despise. On the eve of war, Major David Anderson, a spokesman for the US Marines, spoke of the mood among the Marines who, like real men, never feel fear: "They're not scared, but their anxiety level has gone through the roof. It's like it's just before game time." Sexualized imagery around domination and war was evident in a photograph of the long muzzle of a US Abrams tank. This potent weapon, pointing erect, was painted with the words "cohone eh" We'll add the grammatically correct "s" to the first word, for it is Spanish slang for "balls."

Perhaps most unspeakable was an account in the newly published book, *Jarhead*, by a former Marine sniper who fought in the Gulf War. He writes that snipers are often taught that their ultrasensitive rifle trigger is like a woman's clitoris and the bullet exploding into the victim is her orgasm. Such images are no surprise. Jingoistic support for leaders who go to war is no surprise. Good Christian, or Jewish or Moslem businessmen who see no problem profiting from barrages of murderous armaments should not surprise us either. After all, most boys learn from an early age to define our self worth in terms of power. What type of power? Power to love? To nurture? No. Power to dominate and control. We are taunted at school if we are seen as weak and unyielding. We taunt political leaders who stand for peace rather than war. We reward men who get their way in sport or commerce or politics, no matter who else is injured along the way. Generations of men failed to learn the basic nurturing skills required to hold and feed and care for the young, writing off such activities as suitable work only for "the weaker sex." Yes, this war is about geopolitics, oil and much more, but it is also about the men who have brought us this war. George Bush, Donald Rumsfeld, and Saddam Hussein share the belief, held by far too many, that a real man must show he is tough and in control, no matter how many people must die. And that serves them well, particularly those who mobilize public opinion and vast resources to unleash so much destruction. They are able to tap into a reservoir of fear of impotency and a love of a triumphant masculinity, and turn these towards their own economic and political ends. The bloody results are always predictable, or so the history books tell. This time, however, part of the outcome is the unpredictable: this war heralds a period of even-greater international instability for which, we will be told, more arms and more war will be required. To save us all and to usher in a future in which our children can experience hope rather than fear requires many things, most of which are beyond the scope of this short essay. However, one necessary requirement is the ever-unfolding process of shifting exclusive social power out of the hands of men (although, as we know from

from Margaret Thatcher, Condeleza Rice, and Indira Ghandi, women who aspire to a certain form of power can be as destructive as any man.) That is one of the things that will encourage the shifting of social and economic priorities to the long-term needs of our children, the nurturing of communities, stewardship of our environment, and an end to the proliferation of weapons, massively destructive or not.

And it will require new models of manhood. A week or so into the war, across the world in Vietnam, Carlo Urbani, a forty-six year old Italian doctor who had been active in *Médecins sans Frontières* and the World Health Organization, died from SARS. Faced with an unknown disease killing his patients, he risked his life to be at their side and, in doing so, was the first to identify this new disease. He lived and died not to control the world, but far more simply, to give life. I'll take him as my model of manhood any day over the Bushes and Husseins.

www.michaelkaufman.com

© Michael Kaufman 2003

*Michael Kaufmann ist Gründer der
White-Ribbon-Campaign von
Männern gegen Männergewalt in Kanada*

Zusammenschlüsse/ Resolutionen

Der neue Irak:

Mit oder ohne Frauen?

„Ich bin keine Idealistin, aber ich weiß, dass du dich auch selbst triffst, wann immer du auf jemanden schießt.“ (Arundhati Roy)

Frauen ohne Grenzen-Statement

Irakische Frauen sind eine eindrucksvolle Ausnahme im jammervollen Bild islamischer Weiblichkeit. Mutig, gebildet, und selbstbewusst, könnten sie dem gesamten Nahen Osten ein neues Gesicht geben. Die Universität Bagdad graduierte Riegen weiblicher Ingenieure, Naturwissenschaftlerinnen, Ärztinnen, die im säkular disponierten Irak arbeiten und forschen und sich allerorts beteiligen konnten. Strassenbilder zeigen schon rein optisch den

Unterschied. Sah man im „befreiten“ Afghanistan Männer jubeln, während sich die Frauen und Mädchen nicht blicken ließen und noch eineinhalb Jahr später weitgehend in ihren Burkas versteckt bleiben, trauten sich irakische Mädchen und Frauen viel schneller ins Freie. Die Bilder sprachen für sich: Väter, die nicht nur ihre kleinen Söhne, sondern auch ihre Töchter zum Stras-senrand führten, um die vorbeirollenden amerikanischen Panzer zu sehen, eine Frau auf dem Balkon, interessiert ein Feuergefecht verfolgend, Familie mitsamt Mutti und kleiner Tochter, die einträchtig ein geplündertes Auto heimwärts rollten...wird das Ende der Ba`ath Partei auch das Ende der freien irakischen Frauen bedeuten? Die Kurdinnen mittlerweile erreichten nicht nur Bildung, sie bauten auch eine eindrucksvolle Zivilgesellschaft auf. Von heimgestrickten privaten Fernsehsendern mit Kinderprogramm über Frauenhäuser und Obdachlosen-asyle stellten kurdische Frauen einen beeindruckenden kleinen Wohlfahrtsstaat auf die Beine. Andere kämpften indessen gemeinsam mit den Männern als Peshmergas in den Bergen, darunter Hero Talabani, Frau und Kampfgefährtin des prominenten Kurdenführers. „Zuhause“ scheinen sie sich durchzusetzen. Doch wo sind sie, wenn die internationalen Treffen zur Bestimmung einer neuen irakischen Regierung einberufen werden? Wird es ihnen so gehen wie den algerischen Frauen, die kämpfen und ihr Leben riskieren durften, nur um danach im Gefängnis des Fundamentalismus zu verschwinden?

*Das Frauen ohne Grenzen Team
www.Frauen-ohne-Grenzen.org*

Gesichter ohne Namen

Frauenanteil sinkt in der aktuellen Berichterstattung der Print- und Onlinemedien

Frauen verschwinden sowohl als Nachrichtenmacherinnen als auch als –Subjekte zunehmend aus der Presse. Waren es 2002 noch 18,3 Prozent Frauen, die mit Namen und/oder Bild auf den vorderen Seiten der Tageszeitungen erschienen, betrug ihr Anteil am Stichtag 2003 nur 13,4 Prozent. Bei den Onlinemedien fanden 27 Prozent Frauen namentlich Erwähnung, 34 Prozent betrug ihr Anteil an den Fotos. Über die Hälfte der weiblichen Fotos zeigte jedoch Gesichter ohne Namen,

wie zum Beispiel Nacktaufnahmen von Models. Zu diesem Ergebnis kommt die diesjährige Erhebung des Journalistinnenbundes, die am 31. Januar 2003 durchgeführt wurde. Ausgewertet wurden dabei 13 überregionale und große regionale Tageszeitungen sowie 15 Online-Versionen von Tageszeitungen bzw. Netzzeitungen. Pressemitteilung des Journalistinnenbundes zur Stichprobe 2003 zum Global Media

Monitoring Project 2000

Die Frauennetzwerkstelle

„WOMNET“

Womnet wurde Ende des Jahres 2002 in Trägerschaft des NRO-Frauenforum e.V. (entwicklungspolitisches Netzwerk) eingerichtet. 1988 haben sich im NRO-Frauenforum frauen- und entwicklungs-politische Nichtregierungsorganisationen und ExpertInnen zusammengeschlossen, mit dem Ziel, den gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Einfluss von Frauen zu stärken. Ein besonderer Fokus liegt auf der Stärkung der sozialen und ökonomischen Rechte von Frauen. Mittels Veranstaltungen, Publikationen und Politikberatung in Deutschland trägt das NRO-Frauenforum zur Schärfung des gesellschaftlichen Bewusstseins über Benachteiligung, Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen bei. Als Strategie gegen die negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses stehen heute die Vernetzung von Frauen auf nationaler und internationaler Ebene im Mittelpunkt.

Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich des NRO-Frauenforums im Rahmen der Globalen Strukturpolitik, ist die Überprüfung (Monitoring) zur Umsetzung der Aktionsplattform der vierten UN Weltfrauenkonferenz und anderer internationaler Dokumente. Dazu gehört auch die Beratungsarbeit in den Jahressitzungen der Frauenrechtskommission (CSW). Das NRO-Frauenforum e.V. ist Mitglied im europäischen Frauennetzwerk WIDE.

www.nro-frauenforum.de an.

Zehntausende Klicks gegen Männergewalt im Internet

Bilanz der Aktionen 2003

Mit großem Zuspruch ist die Kampagne "lets netz - wir kicken Männergewalt aus dem In-

ternet" zu Ende gegangen. Im März haben sich insgesamt 37.438 Menschen auf der Webseite www.fan2003.de eingeklickt und damit ein Zeichen gesetzt für ein Internet frei von Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Die Internet-Kampagne, die das Münchner Frauenaktionsnetz (fan) zum internationalen Frauentag 2003 entwickelt hat, wurde initiiert von der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München und dem Verein Kompetenz für Frauen e.V.. "Die Aktion ist ein Riesenerfolg", sagt die Schirmherrin von lets netz, Bürgermeisterin Dr. Gertraud Burkert. "Ich kann nur hoffen, dass die hier gegebenen Denkanstöße weiter getragen werden und sich noch viele Menschen auf der neuen Internet-Seite über das Thema informieren werden. Viele Bürgerinnen und Bürger, Verbände und Firmen, Schulklassen und VIPs haben sich nicht nur mit Clicks, sondern auch mit persönlichem Engagement dazu verpflichtet, auf das Problem Kinderpornografie, Frauenhass und sexualisierte Gewalt im WWW aufmerksam zu machen. 192 ErstunterstützerInnen hatten sich vor dem Aktions-Start zusammengefunden: Einzelne BürgerInnen sowie VertreterInnen aus Gewerkschaften, Fraueninstitutionen, Medien, Politik und Verwaltung. Aus der Münchener Kommunalpolitik signalisierten Oberbürgermeister Christian Ude, Sozialreferent Friedrich Graffe und mehrere StadträtInnen ihre Unterstützung, auf Landesebene Sozialministerin Christa Stevens, Kultusministerin Monika Hohlmeier und eine Vielzahl bayerischer Landtagsabgeordneter sowie Thomas Karmasin, Landrat des Landkreises Fürstfeldbruck, und Lissy Gröner, Mitglied des Europaparlaments. Im März schloss sich außerdem Bundesfamilienministerin Renate Schmidt an und liess www.fan2003.de mit der Webseite ihres Ministeriums verlinken. So zieht die Kampagne immer weitere Kreise: Interesse und Zustimmung kommt nicht nur aus dem Raum München und Bayern, sondern auch aus anderen Bundesländern sowie aus Österreich und der Schweiz. Erfreulicherweise greifen inzwischen Menschen weltweit auf die Website zu, im März wurden Clicks aus über 50 Ländern registriert.

Zum Thema Internetgewalt geht die Arbeit weiter. Die Netz-Aktion 2003 soll einerseits

eine breite Öffentlichkeit für das Thema "Männergewalt im Internet" sensibilisieren. Außerdem soll eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit in Fachkreisen und politischen Gremien angestoßen werden. www.fan2003

NACHRICHTEN

Todesstrafe für Amina Lawal

Der Nigerianische Oberste Gerichtshof hat die Todesstrafe für Amina Lawal wegen Ehebruchs vom 19. August 2002 bestätigt. Sie soll bis zum Hals begraben und zu Tode gesteinigt werden. Vor ein paar Monaten wurde die Todesstrafe aufgeschoben, damit sie ihr Kind stillen konnte Nun wurde die Exekution von Frau Lawal auf den 3. Juni 2003 festgesetzt. Bislang diente Aminas Baby als Beweis für den Ehebruch. Der Vater bestritt die Vaterschaft und die Angelegenheit wurde nicht weiter gerichtlich verfolgt. Der Fall wird von Amnesty International (AI) Spanien betreut. AI versucht, genügend Unterschriften zu sammeln, um die nigerianische Regierung zu einer Begnadigung zu bewegen. Dies gelang bereits einmal im Fall der Safyia, die unter ähnlichen Umständen zum Tode verurteilt, später durch das starke internationale Engagement aber begnadigt wurde. Vielleicht hilft auch diesmal eine kräftige öffentliche Diskussion. Über die Website:

<http://www.amnistiaporsafiya.org/> ist es möglich lebenswichtigen Protest zu äussern.

Im 1. Feld nombrein wird der Vornahme, im 2. Feld appellidosein der Nachnahme, im 3. Feld provincia das Land eingetragen. Auf jeden Fall musst Du auf aceptar klicken, damit Dein Name auf die Petitionsliste gelangt. Über einen Klick auf Seguirum öffnet sich die 2.te Seite auf der die Email-Adresse für weitere Informationen eingegeben werden kann.

"Wir sind durch die Hölle gegangen"

Zwölf Mitarbeiterinnen der öffentlichen Bibliotheken in Minneapolis haben ein Zivilklage gegen ihren Arbeitgeber eingereicht. Sie verlangen vom "Library System" der Stadt eine Änderung der Arbeitsbedingungen und Schadensersatz in Höhe von 400.000 Dollar pro Kläger. Der Grund: Die Bibliothekarinnen

müssten unter einschüchternden, anzüglichen und feindseligen Bedingungen arbeiten. Denn auf den Bildschirmen Internet-Rechner ist angeblich immer Pornographie zu sehen.

Das Problem habe 1997 begonnen, praktisch gleich nach der Installation der ersten Internet-Arbeitsplätze. Gleich danach habe man auf den Bildschirmen praktisch jede nur denkbare Form sexuellen Verkehrs zwischen Menschen gesehen. "Wir lebten in der Hölle und sie (die Bibliotheksleitung) wollten das Problem nicht wahrnehmen", meint eine der Klägerinnen. Dabei hat sich die Situation angeblich in der Zwischenzeit weitgehend verändert. Die frühere Bibliotheksleiterin hatte sich für eine freie und ungefilterte Nutzung des Internet eingesetzt. Sie musste gehen. Die neue Leitung hat Richtlinien für die Nutzung eingeführt, doch das geht den Klägerinnen nicht weit genug. Laut der Klageschrift wurden die Frauen zunehmend zornig und wütend auf ihren Arbeitgeber. Das führte bereits im Jahr 2000 dazu, dass die Bibliothekarinnen eine Beschwerde wegen Diskriminierung bei der Kommission für Gleichstellung bei der Arbeit einreichten. Die Kommission sah eine mögliche Rechtsverletzung wegen der sexuell feindseligen Arbeitsumgebung. Doch das bedeutete nur, dass man die Beschwerde an das US-Justizministerium weiter reichte. Dort wurde der Fall 19 Monate lang geprüft und schließlich im letzten Monat ohne Klageerhebung zu den Akten gelegt.

Das dürfte nicht als gutes Vorzeichen für das Zivilverfahren zu werten sein. Zumal das Justizministerium schon seit Jahren vergeblich versucht, zwangsweise Filter-Software in den US-Bibliotheken einzuführen. Da müsste ein solcher Fall aus politischen Gründen hoch willkommen sein, wenn er auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg hätte.

26.03.2003

Filtersoftware

Bundesweit gelten seit 1. April neue rechtliche Regelungen im Jugendmedienschutz, die auch auf das Internet zielen. Gewalt verherrlichende sowie Frauen verachtende Darstellungen können damit leichter als früher eingeschränkt oder verboten werden. "Einschlägige Websites und Emails sind keine Bagatelldelikte", meint Elisabeth Seidel vom Verein

Kompetenz für Frauen e.V. „Die Politik muss dafür sorgen, dass Internet-Fahnder so gut ausgestattet sind, dass die Täter auch erwischt werden.“ Sie empfiehlt, Computer generell mit geeigneter Filtersoftware auszustatten, auf jeden Fall aber diejenigen Rechner, zu denen Kinder Zugang haben.

Susanne Barck, Petra Riedel

Exit-Pop-Up-Fenster

Sind sie sittenwidrig und damit wettbewerbsrechtlich unzulässig? Das hatte das Landgericht Düsseldorf am 26. März 2003 zu entscheiden (Aktenzeichen 2a O 186/02).

Exit-Pop-Up-Fenster sind Fenster, die sich erst nach dem Verlassen einer Seite öffnen und dadurch die Verbindung zum Anbieter länger aufrechterhalten wird. Diese Praxis ist vor allem bei einigen pornografischen Anbietern beliebt, die so bei dem Nutzer höhere Gebühren berechnen können. Mit diesem Urteil, werden nicht nur die Konkurrenten, die sich dieser Praxis nicht bedienen, sondern auch die Rechte der Kunden gestärkt. Denn mit der Feststellung der Sittenwidrigkeit stehe unmittelbaren Wettbewerbern ein Unterlassungsanspruch zu, so das Gericht.

Den Gegenstandswert für die Abmahnung des Angeklagten, erotischer Dienstleister, hat die Kammer auf 10.000 Euro festgelegt, da das wirtschaftliche Interesse des Klägers, ebenfalls ein Erotikanbieter, nicht nachgewiesen werden konnte.

Sexualisierte Gewalt ächten!

Kompetenz für Frauen fordert: Einsatz von Schutzsoftware gegen Internet-Gewalt für öffentliche Ämter, Bibliotheken und Schulen

Der Verein Kompetenz für Frauen e. V. und die Gleichstellungsstelle der Stadt München übergaben am 8. Mai bei Microsoft anlässlich des Girls Day an Frau Ministerin Renate Schmidt Forderungen zur Eindämmung von sexualisierter Gewalt im Internet

Tatort: Arbeitsamt Nürnberg – Müssen sich Mitarbeiterinnen des Arbeitsamts wie Ware taxieren lassen? Der Einsatz von Rechnern mit offenem Internet-Zugang führt zu offenem Mißbrauch. Statt auf Stellen surfen Männer auf sog. „Sex-Seiten“ – mit Billigung der Direktion? Tatort: Büro – Über 70 % aller

Besuche auf sog. „Sex-Seiten“ passiert während der Arbeitszeit zwischen 9 und 17 Uhr. Das straft all jene Lügen, die behaupten, Pornographie ist Privatsache. Arbeitgeber sollten auf die Barrikaden gehen – oder Schutzsoftware einsetzen. Tatort: Schule – Stichwortsuche bei der Recherche: Mädchennamen oder andere harmlose Adressen oder Musikclips aktivieren pornographische Seiten bis zum Kindesmißbrauch auf dem Bildschirm. Diese Tatsachen sollten endlich von Politik und Ministerien zur Kenntnis genommen werden. Gegenmaßnahmen sind unerlässlich. Statt dessen werden Gewaltvideos weiterhin nicht geächtet? Die Hauptversammlung des Vereins Kompetenz für Frauen unterstützt die Forderungen, die zur gemeinsamen Aktion „lets netz“ zum 8.März aufgestellt wurden. Damals hatten 37.000 Clicks, offene Aktionen und Statements gegen Internetgewalt gezeigt, wie viele Menschen sich die Sexualisierung des Gesellschaft nicht mehr gefallen lassen wollen.

Weitere Informationen auf der Web-Plattform www.frauenkompetenz.de und www.fan2003.de

Gegen Gewalt

DAPHNE_Programm 2004 bis 2008

Das EU-Programm DAPHNE gegen Gewalt an Frauen und Kindern soll bis 2008 verlängert werden. Das schägt die EU-Kommission vor. DAPHNE richtet sich an Nichtregierungsorganisationen, die aktiv sind in der Prävention von Gewalt und sich für die Opfer einsetzen.

„Gewalt gegen Frauen und Kinder zu verhüten und zu reduzieren, muss ein prioritäres Anliegen unserer Gesellschaft bleiben“, so António Vitorino, EU-Kommissar für Justiz und Inneres. Seit Beginn der DAPHNE-Initiative im Jahr 1997 gingen bei der EU-Kommission rund 1.800 Projektvorschläge ein, sie wählte 270 für eine Finanzierung aus.

Mittel sollen erhöht werden

Um künftig mehr Projekte besonders auch im Hinblick auf die erweiterte EU fördern zu können, schlägt die EU-Kommission vor, die Mittel für „DAPHNE II“ auf 41 Mio.€ aufzustoßen. Zum Vergleich: Die DAPHNE-Initiative war mit 13 Mio.€ dotiert, das Programm 2000 bis 2003 mit 20 Mio.€.

Brennpunkt: Sexuelle Gewalt

Der Löwenanteil der bisherigen DAPHNE-Projekte richtet sich gegen sexuelle und häusliche Gewalt, gefolgt von kommerzieller sexueller Ausbeutung, Menschenhandel und Kinderpornographie im Internet. Die Nichtregierungsorganisationen setzten die Mittel überwiegend für ihre Netzwerkarbeit und den Austausch über bewährte Projekte ein. Telefonhilfeprojekte sind dagegen stark rückläufig.

http://europa.eu.int/comm/justice_home/project/daphne/de/index.htm

Weibliche Bosse

In keinem anderen Land der EU gibt es so viele selbständige Bosse wie in Griechenland. 17 Prozent der Frauen (gegenüber 31 Prozent der Männer) sind im Bereich der Dienstleistungen oder Industrie ihre eigene Chefin. Dies besagt der Bericht des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. In Deutschland sind mit sechs Prozent nur vergleichsweise wenig Frauen selbständig (gegenüber zwölf Prozent der Männer). Insgesamt stellt der Bericht fest, dass der Weg in die Selbständigkeit für Frauen europaweit immer noch weitaus schwieriger ist als für Männer

(APA)

Frauenfreie EU- Verfassung

Da wollen die Europisten eine europäische Verfassung schaffen – und vergessen einfach die Frauen! Keine einzige Zeile waren Frauen und Gleichstellungspolitik dem Europäischen Konvent wert, der jetzt einen ersten Entwurf für die EU-Verfassung vorlegte (übrigens ist nur jedes sechste Konvents-Mitglied eine Frau). „Alarming back-lash! Rief die European Women’s Lobby, der Dachverband der Frauenverbände Europas. Zu recht. Noch im Amsterdamer Vertrag von 1999 war das Gender Mainstreaming verankert – und zwar ganz vorn, in Artikel zwei. Dadurch wurde erstmals gesetzlich vorgeschrieben, dass bei allen politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf Frauen (und Männer!) berücksichtigt werden muss. Die EU war damals Vorreiter in Sachen Chancengleichheit. Jetzt reitet sie zurück. Nach dem Protest versprach der Konvent vage, die Gleichstellung im Punkt „Aufgaben der EU“ zu erwähnen und die schon

existierende europäische Charta der Grundrechte in die neue EU-Verfassung mit aufzunehmen. In dieser Charta ist das Diskriminierungsverbot für Frauen enthalten. Doch die Frauenverbände Europas fordern ein eigenes Kapitel in der EU-Verfassung. Und die Wiederauflage des Daphne-Förderprogramms bis 2008, das „Projekte zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und Kinder“ fördert.

Aus emma 3/2003

Erste Richterin in Ägypten

Erstmals wurde in Ägypten eine Frau zur Richterin am Obersten Verfassungsgericht ernannt. Zahlreiche konservative ägyptische Richter und islamische Religionsgelehrte hatten sich gegen die Ernennung einer Frau ausgesprochen.

www.news.ch

Partnerin von Terroropfer anerkannt

Rund 550 000 Dollar Schmerzensgeld erkannte die US-Regierung einer lesbischen Frau aus Virginia aus dem Opferschädigungsfonds zu, deren Partnerin bei den Terroranschlägen des 11. September ums Leben gekommen war. Lesbisch-schwule Bürgerrechtsorganisationen nannten die Entscheidung einen „bedeutsamen Meilenstein“. Das sei das erste Mal, dass die US-Regierung eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft anerkannt habe. Die 51-jährige Sheila Hein, eine zivile Angestellte der US-Armee, war an Bord des Flugzeuges, das am 11. September 2001 in das Pentagon in Washington geflogen war. „Ich kann nicht mit Worten beschreiben, was ich verloren habe“, sagte die überlebende Partnerin, Peggy Neff, nach Zuerkennung der Entscheidung. „Sie war meine ganze Welt, meine engste Vertraute und beste Freundin“.

lespress mai/2003

Kein Familienzuschlag für Beamte in Lebenspartnerschaften

Beamte, die eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingegangen sind, bekommen keinen Familienzuschlag. Dies entschied das Verwaltungsgericht in Stuttgart. Es lehnte damit die Klage einer mit einer Frau zusammenlebenden Beamtin gegen das Landesamt für Besol-

dung und Versorgung Baden-Württemberg ab. Die Klägerin hatte auf Zahlung des Familienzuschlages geklagt und sich darauf berufen, dass eine unterschiedliche Behandlung im Besoldungsrecht unzulässig sei. Auch Lebenspartner seien sich gegenseitig zur Fürsorge verpflichtet. Ihre Lebenspartnerin, mit der sie in häuslicher Gemeinschaft lebe, habe seit April 2001 keine Einkünfte. Das Verwaltungsgericht ist in seinem Urteil der Argumentation der Klägerin nicht gefolgt. Die eingetragene Lebenspartnerschaft sei weder allgemein noch speziell im Besoldungsrecht der Ehe gleichgestellt worden.

lespress mai/2003

Ärzte übersehen häufig Kindesmisshandlung

Viele Ärzte erkennen nicht Verletzungen bei Kindern als Folge sexueller oder körperlicher Misshandlung. Viele Fälle werden übersehen, weil das Thema in der Mediziner-Ausbildung kaum vorkommt wie Bernd Herrmann, Leiter der Ärztlichen Kinderschutzambulanz am Klinikum Kassel und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft gegen Kindesmisshandlung und Vernachlässigung (dggkv) kritisiert. Am (morgigen) Samstag findet daher in Kassel die bundesweit erste Fortbildungsveranstaltung zur Diagnose von Kindesmissbrauch und -misshandlung statt.

Dabei seien solche Verbrechen an Kindern «unerhört häufig», sagte Herrmann. Genaue Zahlen gebe es zwar nicht, US-Studien zufolge jedoch seien 15 bis 20 Prozent aller erwachsenen Frauen in ihrer Kindheit sexuell misshandelt worden. Das Spektrum der Taten reiche dabei von Berührungen an den Geschlechtsteilen bis hin zu Vergewaltigungen.

«In Deutschland gibt es jährlich etwa 12.000 bis 15.000 Anzeigen wegen sexuellen Missbrauchs», berichtet Herrmann. Körperlicher Kindesmisshandlung führe zu 1.500 Anzeigen pro Jahr. Dies sei jedoch nur eine Spitze des Eisberges. Für den Arzt stelle sich die Diagnose oft schwierig dar. «Bei einem Verdacht auf Kindesmissbrauch benötige ich eine gute Stunde für die Diagnosestellung», sagt Herrmann. Das Kind solle dabei nicht nur an den Geschlechtsteilen, sondern immer am ganzen Körper untersucht werden. Damit werde das

Kind als ganzes wahrgenommen und nicht nur auf die Geschlechtsteile reduziert.

Die Diagnose sollte zudem ohne Druck erstellt werden. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Untersuchung für das Kind nicht zum erneuten Trauma werde, betont der Arzt. Bei körperlicher Misshandlung eines Kindes könne die Art der Verletzung den Verdacht erhärten oder auch beweisen. «Blaue Flecken hinter dem Ohr sind beispielsweise für Stürze ungewöhnlich, ebenso wie Knochenbrüche unterschiedlichen Alters», sagt Herrmann. Bei Kindesmisshandlung werde zu 90 Prozent die Haut verletzt beispielsweise in Form von blauen Flecken, Risswunden oder auch Verbrennungen. Am schlimmsten seien aber Kopfverletzungen.

Schätzungsweise 500 Babys erleiden jährlich das so genannte Schüttelsyndrom. Dabei rasen Eltern oft aus, weil ihr Neugeborenes schreit. «Jedes vierte Kind stirbt dann an den Folgen der erlittenen Hirnverletzungen», sagt Herrmann. (AP)

<http://www.kindesmisshandlung.de>

<http://www.dggkv.de>

LITERATUR

Tatort Frau - der große Hormonschwindel

Sylvia Schneider

Sylvia Schneider ist Expertin für Frauengesundheit und Aufklärung. Ihr neues Buch "Tatort Frau - der große Hormonschwindel" hat eine ganz klare Botschaft: Wechseljahre sind ein ganz natürlicher Vorgang!

Was daran allerdings nicht natürlich ist, sind die Frauenbilder der Gynäkologen und der Pharmaindustrie; weiß die Autorin. Da hat sie Recht. Aber das "Unnatürliche" betrifft weit mehr Vertreter des "starken Geschlechts". Fast jede Frau dürfte das über Jahrzehnte hinweg monatlich in Wort und/oder Tat zu spüren bekommen haben. So antwortete auch im Jahr 2003 ein junger Mann von gerade einmal 19 Jahren vor laufender Fernsehkamera auf die Frage, warum es so wenige Frauen in der Politik gäbe, wie aus der Pistole geschossen: "Frauen sind wegen ihrer Monats-

blutung sehr behindert. Da können sie nicht gut und verlässlich arbeiten."

In einer ausführlichen Einleitung stellt die Autorin klar, dass Hormone vielen helfen; nur nicht den Frauen... Das Buch besteht aus drei Teilen. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis rundet das Buch ab. Im ersten der drei Teile geht es um das Ende der Legende mit den Hormonen. In diesen Kapiteln lernt man nicht nur Wesentliches über das "Lifestyle-Medikament" künstliches Hormon, sondern auch das Gruseln.

„Wissenschaftliche“ Studien mit haarsträubenden Folgen für die Frauen und die allgemeinen gesundheitlichen Gefahren bei Östrogengaben werden beschrieben. Sehr schön und sehr wichtig ist, dass die Autorin auch die Frauen direkt anspricht, denn ihre Gutgläubigkeit - die aus meiner Sicht als Psychologin nichts als Verantwortungsabgabe ist - hat selbstverständlich diesen ganze Wahnsinn mit ermöglicht. Im zweiten Teil zeigt uns die Autorin die "einnehmende Beziehung" zwischen Gynäkologie und Pharmaindustrie. Diese Kapitel bergen eine wirklich ausgezeichnete Zusammenschau all dessen, was man sonst nur durch die Lektüre vieler - ebenfalls ausgezeichneter - Bücher lernt (z.B. die Titel von Dr. Christa Wichterich). Die männerdominierte Medizin in Forschung und Praxis wird historisch beleuchtet und macht den nachfolgenden Realitätsverlust in der weiblichen Wahrnehmung klar. Die Autorin spinnt hier den roten Faden bis in die Gegenwart und zeigt dann, "was Frauen wirklich krank macht" auf. Die Erscheinungen unseres Körpers sind eben nicht abweichend (von was eigentlich? Vom Mann...?) oder gar krankhafter Natur. Nein, sie sind normal. Normal aus weiblicher Sicht. Und um die geht es hier; besser: muss es endlich gehen. Dass die Zukunft nichts Gutes für uns Frauen bereit hält, wird in diesem Teil ebenfalls erklärt. Die Industrie - natürlich wie immer mit der Hilfe der Krankenkassen und der mehrheitlich frauenfeindlichen Medien - hat uns weiter im Visier! Wir sind (immer noch) eine Ressource. Oder aus meiner Erfahrung als Menschenrechtlerin gesprochen: Fleisch. Im dritten und letzten Teil erfahren wir, wie man ohne Hormone auskommt. Wussten Sie, dass Hormone die Denkfähigkeit gefährden? Haben Sie auch

das zunehmende Gefühl, dass Älterwerden mehr eine Epidemie ist, als ein natürlicher Vorgang innerhalb Ihrer persönlichen Entwicklung als Mensch? Haben Sie auch schon heimlich an Silikonimplantate oder Ähnliches gedacht? Vermutlich ja. Aber wissen Sie denn, -was im Wechsel wirklich passiert? In diesen Kapiteln erfahren sie es: "Die Wechseljahre sind eine Chance (...) Frauen, denen es früher schwer fiel NEIN zu sagen, lassen sich jetzt den Schneid nicht mehr abkaufen. Sie versuchen nun (...) authentischer zu sein. Diesen Gewinn des Frauseins ignorieren Forscher und Frauenärzte. Da sie von falschen Voraussetzungen ausgehen, kommen sie auch zu falschen Ergebnissen. Das ist das ganze Geheimnis der Wechseljahre." (S.151) Bravo! Ja, das ist ein Buch zum Wohle der Frauen. Es klärt schonungslos, anschaulich und kompetent auf. Wie wohltuend und wichtig ist das doch zugleich! Es sollte Pflichtlektüre für alle Frauen sein, die ihre Körper nicht (mehr) als Ressource zur Verfügung stellen und fremdbestimmt existieren wollen. Wie sagte doch eine Freundin zu mir: "Ein Mann, der über die weibliche Menstruation, die Schwangerschaft und die Wechseljahre rasoniert, ist wie ein Automechaniker, der weder Führerschein noch Auto besitzt, sich aber dennoch anschickt, mein Auto zu reparieren. Da würde ich laut HALT! schreien..."

Ueberreuter, Wien, 2003, ISBN 3-8000-3916-8, 150 S. © Monika Gerstendörfer, 2003

„Feministische Wirtschaftsethik“

Die erste Ausgabe der zfwu (1. Zeitschrift für Wirtschaft- und Unternehmensethik) in 2003 widmet sich dem Thema „Feministische Wirtschaftsethik“. Mit diesem Schwerpunktheft wird ein Thema aufgegriffen, das sich in der Wirtschafts- und Unternehmensethik erst langsam zu entwickeln beginnt. Dabei knüpft die Feministische Wirtschaftsethik zum einen an die Feministische Ökonomik und zum anderen an die interdisziplinäre Genderforschung an. Gerade diese ist es, die sich in den letzten Jahren enorm entwickelt hat und es scheint. Als hätten andere geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen diesbezüglich weniger Berührungspunkte als die Ökonomie. Diese Ausgabe will einen kleinen Beitrag

dazu leisten, dieser wichtigen Forschungseinstellung Impulse zu geben. Infos unter: Rainer_Hampp_Verlag@t-online.de

TERMINE

Mädiale

vom 7. bis 9. Juni 2003

Mädchenkulturfestival in Stuttgart. Info: Gabi Kirchner, Jugendhaus Stuttgart, Schlossstr.56, 70176 Stuttgart, gkirchner@jugendhaus.net. www.Maediale2003.de

Journalistinnentreffen

vom 20. - bis 22. Juni 2003

Journalistinnen aus der gesamten Bundesrepublik treffen sich vom im Ruhrgebiet. An drei Tagen wollen sie sich in der Akademie Mont-Cenis in Herne unter dem Motto "Ménage à trois - Politik, PR und Journalismus" mit dem Verhältnis der drei Bereiche zueinander befassen. Thema wird dabei auch sein, wie sich die Krise am Medienmarkt auf die Arbeits- und Existenzbedingungen im Journalismus auswirkt. Miriam Meckel, NRW-Staatssekretärin für Medien, und Bettina Gaus, taz-Korrespondentin und Autorin, werden im Rahmen eines öffentlichen Streitgespräches am Sonntag, 22. Juni, 10.00 Uhr, in der Akademie Mont-Cenis in Herne diskutieren, inwieweit sich die drei Bereiche immer mehr durchdringen und welche Auswirkungen dies auf einen unabhängigen und kritischen Journalismus hat. Moderiert wird die Veranstaltung von der WDR-Journalistin Sabine Brandt. Auf der Kokerei Zollverein in Essen ehrt der Journalistinnenbund am 21. Juni die Hedwig-Dohm Urkunde die Journalistin Marlies Hesse. "Mit anderen Worten" heißt der Nachwuchspreis des Journalistinnenbundes. Er geht in diesem Jahr an junge Autorinnen aus dem Hörfunkbereich.

Organisiert wird das Journalistinnentreffen von der Regionalgruppe Ruhrgebiet des Journalistinnenbundes. Damit wird den Journalistinnen auch die Gelegenheit geboten, sich ein Bild vom neuen Ruhrgebiet zu machen. Geplant sind unter anderem eine "Tour der Ruhr", sowie ein Besuch des Stückes "The Temptation of St Antony" im Landschafts-

park Duisburg-Nord, im Rahmen der RuhrTriennale. Weitere Informationen: www.journalistinnen.de.

**Warten auf die nächste
Katastrophe? - Gewaltprävention
nach "Erfurt"**

*Ursachen, Probleme, Konzepte
Tagung am 06.06.03, Freitag, 9.30-17.30h
in Nürnberg, Eckstein*

Kürzlich hat ein zehnjähriger Junge ein neun-jähriges Mädchen krankenhaushausreif geschlagen. Andere Kinder sahen dabei zu, als er auf dem bereits am Boden liegenden Mädchen herumtrampelte. Hat sich also nach "Erfurt" - als ein Jugendlicher in einem Gymnasium ein Massaker anrichtete - nichts geändert? Was ist aus der damaligen Betroffenheit geworden? Ist sie wirklich gewalttätig - die Jugend? Nimmt die Gewalt zu? Ist sie ein Resultat der Ellenbogengesellschaft oder des zunehmenden Medienkonsums? Was sind die Ursachen? Welche Konzepte gibt es dagegen? Diese und viele andere Fragen tauchen beim Thema Gewalt und Gewaltprävention auf. Möglichst schnelle und wirksame Programme sind erwünscht. Aber Patentrezepte gibt es leider nicht. Was es gibt, sind eine Reihe interessanter Ansätze, dem Problem der Gewalt zu begegnen. Unsere Tagung will sich auf der Grundlage der provokativen Thesen von Freerk Huisken (Verfasser u.a. der Bücher "Jugendgewalt - Der Kult des Selbstbewusstseins und seine unerwünschten Früchtchen" und "z.B. Erfurt. Was das Bildungs- und Einbildungswesen so alles anrichtet") mit der Ursachenanalyse befassen und in mehreren Workshops einige Beispiele für die vielfältigen Ansätze gewaltpräventiver Arbeit vorstellen. Die Tagung wendet sich an alle Menschen, die mit dem Problem Gewalt bzw. dem Thema Gewaltprävention beruflich, ehrenamtlich oder persönlich zu tun haben - sei es als Lehrer/innen, als Sozialpädagoginnen, als Verwaltungs- oder Verbandsfachleute, als Kommunalpolitiker/innen oder schlicht als Elternteil. Die Teilnehmenden haben im Rahmen eines "Markts der Möglichkeiten" Gelegenheit, ihre Erfahrungen und Ansätze vorzustellen und so zu einem intensiven Austausch beizutragen. [Referent/innen] Prof.

Dr. Freerk Huisken (Professor für Erziehungswissenschaft, Universität Bremen) u.a.
Anmeldung bis 28. Mai 2003
Info@petra-kelly-stiftung.de
Tel. 089/242267-47

**Wie verschieden wir
uns ähnlich sind!**

Vom 17.-20.06.2003 findet eine bundesweite Fachtagung zur Mädchenpolitik/Mädchenarbeit auf dem Beginenhof „Liselotte“ in Tännich statt. Nicht allein der Ort ist spektakulär, sondern auch die Absicht, in einen Ost-West-Dialog zu treten. Die Akteurinnen und nicht ein abstrahiertes Praxisfeld stehen im Mittelpunkt des Geschehens. Bekanntlich wird die Beziehungsarbeit und die von Erfahrungswissen bestimmte Identität als Schlüssel für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen betrachtet. Wenn sich die Herausbildung von Identität in ihrer Richtung, ihrer Gestalt und Geschwindigkeit möglicher Veränderungen durch sozialisationsbedingte Einflüsse begrenzt, könnte es gravierende Unterschiede im Selbstverständnis von Frauen geben, die in ihrem Heranwachsen von Normen und Werten der ehemaligen DDR oder der „alten“ Bundesrepublik geprägt wurden. Ist jedoch das eigene Selbstverständnis eine bestimmende Größe für den Zugang zum Arbeitsfeld wie auch für die Entwicklung von Konzepten und Methoden, ist davon auszugehen, dass sich unter Berücksichtigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungsprozesse, sich Mädchenarbeit in „Ost“ und „West“ voneinander unterscheiden muss. Der Dialog zwischen Mädchenarbeiterinnen der alten und neuen Bundesländer sollte sich zukünftig stärker auf Selbstreflektion, der kritischen Analyse des eigenen Selbstverständnisses, Identitäten, Mädchen- und Frauenbildern oder gar biographische Zugänge zum Arbeitsfeld und deren möglichen Konsequenzen für die Praxis beziehen. Bisher wurden machstrukturelle Barrieren, gesellschaftlicher Wandel, wirtschaftliche und monetär begründete Verhinderungen thematisiert. Dies ist auf Grund der Kumulation spezifischer Problemlagen innerhalb des Arbeitsfeldes und mit Wissen um den Anforderungsdruck von Außen nachvollziehbar, schließt jedoch nicht die entstandene Wissenslücke.

Nach mehr als 10 Jahren deutscher Einheit gibt es auf den ersten Blick eine pluralistische Einheit mädchenpädagogischer Praxis. Auf dem zweiten Blick werden Abgrenzungen sichtbar. Welches die bessere, konsequentere, qualifiziertere, modernere Mädchenarbeit/Mädchenarbeiterin ist, scheint ein verdeckter Konflikt zu sein. Durch die zeitliche Distanz und Möglichkeiten der Selbstvergewisserung ist nun die Chance gereift, den Dialog in einer neuen Qualität zu eröffnen, der Differenzen wertzuschätzen weiß und nicht mehr unterschiedliches Erfahrungswissen hierarchisch bewertet. Der Erfahrungs- und Wissensbestand aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen darf nicht einem androzentrischen Paradigma geopfert werden. Vielmehr braucht lebensweltorientierte Mädchenpolitik/-arbeit eine Brücke - Lernräume für die Erfahrung wie verschieden wir uns ähnlich sind! Seit dem Sommer 2000 wird durch unterschiedlichste ExpertInnengremien, Landesarbeitsgemeinschaften und bundesweite Fachveranstaltungen die Ost-West-Thematik aufgegriffen und offensiv als prioritärer Bedarf benannt. Daraus resultierend wurde die Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V. von ihren Mitgliedern und zahlreichen Interessentinnen beauftragt, eine bundesweite Fachtagung zu initiieren, welche den Blick öffnet für Themen, Ansätze und Strukturen sowie für Widersprüchliches und Gleichzeitiges in den Perspektiven des Ostens und des Westens. Im Rahmen eines mehrtägigen Open Space soll für vielfältige Fragestellungen eine gemeinsame Sprache gefunden und erstmals gemeinsame Positionen, im gemeinsamen Interesse der Existenzsicherung sowie eines heterogenen Qualitätsentwicklungsprozesses, erarbeitet werden. Hierbei handelt sich um die erste konsequente und raum-zeitlich verbindliche Verständigung zwischen Mädchenarbeiterinnen aus dem „Westen“ und Fachkräften aus dem „Osten“.

Dazu sind alle neugierigen Interessentinnen, erfahrene Mitstreiterinnen, ehemaligen Initiatorinnen, unermüdliche Mädchenarbeiterinnen, wissensdurstige Forscherinnen, ernüchterte Provokateurinnen, feministische Aktivistinnen, sozialistische Kämpferinnen, lebenshungrige Frauen, ... eingeladen!

Weitere Auskünfte zum Geschehen und Anmeldungen sind ab sofort möglich über: Ulri-

ke Häfner („Osten“) uhaefner@kukma.de,
Andrea Brebeck („Westen“)
andrea.brebeck@gmx.de

Interkulturelle Öffnung der Mädchenarbeit

vom 18. bis 20. Juni. 2003

Deutschland ist de-facto ein Einwanderungsland. Heterogenität der Gesellschaft ist der Normalfall. Dies spiegelt sich in Schule und in vielen Bereichen der Jugendarbeit, vor allem der Offenen Jugendarbeit, wider. Der Arbeitsalltag von Pädagoginnen und Lehrerinnen bringt angesichts der vielfältigen kulturellen Hintergründe der Mädchen neue Herausforderungen mit sich. Oftmals können sich Pädagoginnen und Lehrerinnen das Verhalten der Mädchen nicht erklären und aus Angst rassistisch zu erscheinen, wird Konflikten aus dem Weg gegangen oder einfach weggeschaut. Solches Handeln verunsichert alle Beteiligten und gefährdet einen interkulturellen Öffnungsprozess.

Ziel dieser Fortbildung ist es, Pädagoginnen und Lehrerinnen Mut zum Hinschauen zu machen und sie zu interkulturell offenem Handeln zu ermutigen. Doch was verbirgt sich hinter dem Begriff der „interkulturellen Öffnung“, dieser neuen Zauberformel, die alle Probleme zu lösen verspricht.

Interkulturelle Öffnung vollzieht sich auf drei Ebenen: Strukturelle Ebene:

Die Realisierung eigener konzeptioneller Ideen hängt von institutionellen Rahmenbedingungen ab. Leitbilder, Angebote, Ziele und auch die Personalpolitik einer Einrichtung bedürfen daher einer Reflexion, wenn Prozesse „interkultureller Öffnung“ ernst genommen werden.

Individuelle Ebene

Auf der individuellen Ebene bedarf es der Reflexion der eigenen kulturellen Sozialisation. Dazu gehört auch die Reflexion der eigenen Rolle sowie selbst erlebter Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen, eigener Einstellungen und Bewertungen.

Professionelle Ebene

Professionelles interkulturelles Handeln basiert auf Fachwissen über die Lebenslagen

von Mädchen mit Migrationshintergrund. Dabei stellt sich die Frage: Sind Mädchen aus Migrationsfamilien doppelt benachteiligt oder multikultiert?

Die Bearbeitung dieser drei Ebenen wird mit Blick auf die Entwicklung interkulturell geöffneter Konzepte Gegenstand der Fortbildung sein. Dabei wird Berücksichtigung finden, welche Unterstützung jede einzelne - persönlicher wie institutioneller Art - braucht, um interkulturell offene Konzepte durchführen zu können.

Zielgruppe: Pädagoginnen der Jugend- (sozial)arbeit und Lehrerinnen

Referentin: Dr. Rosa Jiménez Laux, Pädagogin und Soziologin, Trainerin für "A world of difference", Arbeitsschwerpunkte: Migration, Geschlechterverhältnisse, Kindheit- und Jugendforschung.

Veranstaltungsort ist der Jugendhof Steinkimmen

Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee

Tel.: 04222/ 408-0, Fax: 04222/408-39

Frauensichten zur Globalisierung

am 30.8.2003

Seminar on Participation of young women in political life

Council of Europe European Youth Centre
Strasbourg 16 - 17 September 2003

Context and objectives of the seminar

Despite the existence of formal equal political rights between women and men, political activities and public decision-making remain male-dominated areas. A number of obstacles make it difficult for women, and particularly young women, to enter political decision-making:

Different cultural and ideological factors contribute to the fact that the place of most women in society is not conducive to political and public participation (models and values conveyed by the different components of society, such as the family, school, media). This is further strengthened by societies expectations of each individual, as well as each person's expectations in relation to themselves.

Factors linked to the organisation of social life (social division of work leaving little space for the participation of women, organisation of the labour market, insufficient sup-

port for families or their inability to adjust to the requirements of participation).

The theme of this seminar responds to a growing concern in member states with regard to balanced participation of women and men in political life as a factor of social cohesion, democratic stability, equal opportunities and full enjoyment of fundamental human rights by all members of society. The Council of Europe has issued, over the past decade, a number of policy recommendations on various aspects of gender equality and youth participation in policy-making. Much work has been done in the field of citizenship and equality education, awareness-raising and assistance to the development of policies for greater participation of young people and women in political life.

Most of the normative and policy-related work mentioned above is relevant to the issue of political participation of young women, although not specifically focusing on it. However, the issue needs to be addressed specifically in order to:

assess the effectiveness of existing legal instruments and programmes with regard to young women's participation and identify gaps which may require future action;

identify obstacles on the way of balanced participation of young women and men;

take stock of good practice at local/regional, national and international levels and generate ideas for disseminating effective experiences.

Organisation: Political participation of young women is an issue which cuts across the institutionally distinct domains of gender equality and youth, and touches closely upon the functioning of representative democratic institutions.

Therefore the seminar will be organised within the framework of the Council of Europe's Integrated project 1 "Making democratic institutions work", with the involvement of: the Directorate of Youth and Sport, the Division of Equality between Women and Men (Directorate General of Human Rights), the Parliamentary Assembly (Committee on Equal Opportunities for Women and Men), the Congress of Local and Regional Authorities of Europe (Committee on Social Cohesion, Committee on Culture and Education),

Directorate General of Political Affairs (Division of NGOs and Civil Society) and the Gender Equality Grouping of NGOs enjoying consultative status with the Council of Europe. Participating countries

The seminar is open to the 48 States parties to the European Cultural Convention, namely:

Albania, Andorra, Armenia, Austria, Azerbaijan, Belarus, Belgium, Bosnia-Herzegovina, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France, Georgia, Germany, Greece, Holy see, Hungary, Iceland, Ireland, Italy, Latvia, Liechtenstein, Lithuania, Luxemburg, Malta, Moldova, Monaco, The Netherlands, Norway, Poland, Portugal, Romania, Russian Federation, San Marino, Slovakia, Slovenia, Spain, Sweden, Switzerland, the "Former Yugoslav Republic of Macedonia", Turkey, Ukraine, United-Kingdom, Serbia and Montenegro.

Informationen und Kontakt:

birgit.bertsch@coe.int

WerkstattTagung "Frauen.Männer.AnSichten"

vom 18. - 20. September 2003 in Weimar

Selbstreflektion für die pädagogische Arbeit.

Eine Kooperation der Landesvereinigungen. Kulturelle Jugendbildung Sachsen und Thüringen e.V. Mit Prof. Cecilia Rentmeister, FH Erfurt, Dr. Gerd Stecklina, TU Dresden, Katharina Becker, Pädagogin/Erlebnispädagogin aus Bad Kreuznach und Hans Aichinger, Maler und Grafiker aus Leipzig

Die WerkstattTagung versteht sich als Experimentierraum für Frauen und Männer, die über das Ausprobieren in zwei kulturpädagogischen Workshops die eigene Herangehensweise in der pädagogischen Arbeit - mit besonderem Augenmerk auf geschlechtsspezifische Aspekte – reflektieren möchten.

Ziel der Werkstatt Tagung ist es, Fragen nach der Realität von "Gender Mainstreaming" in der Lebens- und Arbeitswelt der PädagogInnen aufzuwerfen und selbst zu erfahren. Die ReferentInnen leiten jeweils eintägige Workshops mit geschlechtshomogenen Gruppen in den Bereichen Erlebnispädagogik und bildnerisches Arbeiten. Frauen und Männer arbeiten am selben Thema; die verschiedenen Erfahrungen, Herangehensweisen, Wahrnehmungs- und Ausdrucksformen werden vor

dem Hintergrund der Geschlechtsspezifität diskutiert. Es werden Möglichkeiten der Reflexion eröffnet, die eigene Rolle als Frau oder Mann mit ihrem Einfluss auf die pädagogische Arbeit und die eigene Wirkung als Bezugsperson für die Jugendlichen bewusster zu erleben. Das gemeinsame Arbeitsthema ist der Begriff "Mensch". Es eröffnet vielfältige Zugänge, Ausdrucksformen und Möglichkeiten der Selbstdarstellung. Die Anleitung im bildkünstlerischen Programmteil (Collage, Farbe, Druck) wird durch einen männlichen Künstler, der erlebnis-pädagogische Kurs von einer Frau angeleitet - eine im Arbeitsalltag eher seltene Konstellation. Ein bewusster Bruch zu den allgemeinen Vorstellungen. Am dritten Tag geben die Referate von Prof. Cecilia Rentmeister und Dr. Gerd Stecklina zu den psychologischen Aspekten, gepaart mit der pädagogischen Rolle der TeilnehmerInnen in der geschlechtsspezifischen Arbeit, den theoretischen Background zu den gesammelten Erfahrungen. Diese Erkenntnisse werden zusammengeführt mit den persönlichen Erfahrungen der TeilnehmerInnen und ReferentInnen. Durch die experimentelle Form der Tagung wollen wir diejenigen TeilnehmerInnen, die neue praktische Anregungen, Austausch über laufende (geschlechtsbezogene) Projekte und Vernetzung suchen, ebenso erreichen wie diejenigen, die der sozialwissenschaftliche und philosophische Austausch zum Gender Mainstreaming interessiert.

Anmeldung und Informationen: LKJ Sachsen e. V. fon: (0341) 2577305, fon/fax: (0341) 2577306

Irritation Ostdeutschland?: Geschlechterverhältnisse in Deutschland im 13. Jahr nach der Wende

vom 16. – 18.10. 2003 in Berlin

Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Im 13. Jahr nach der Wende stellt sich Ostdeutschland als eine Gemengelage zwischen Anpassung an das sich wandelnde westliche Gesellschaftsmodell und eigenlogischer Aneignung dar. Diese ostdeutsche Spezifik könnte Folie und – möglicherweise irritierender – Ausgangspunkt für Fragen sein, die sich westlichen Gesellschaften heute überhaupt stellen. Dies interessiert auf der geplanten

Tagung insbesondere im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse.
Info: Dr. Eva Schäfer, +493044310-163,
schäfer@rosaluxemburgstiftung.de

BISHERIGE SCHWERPUNKTE ab 1990:

Nr. 45/90 Frauen in der Architektur und Planung. Nr. 46/90 Instrument Frau - die politischen Machtverhältnisse um den §218. Nr.47/90 Weg mit dem §218. Nr.48/ 90 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 49/90 Frauenforschung und Feminismus. Nr. 50/91 Feministische Mädchenpolitik . Nr.51/91 Rassismus von Frauen. Nr.52/91 Autonomie. Nr.53/91 Prostitution als Beruf Nr.54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung - Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. Nr. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nr. 56/92 Glück in Frauenprojekten? Nr. 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. Nr. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. Nr. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, Nr.60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, Nr. 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? Nr.62/93 Sexueller Mißbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? Nr. 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, Nr. 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, Nr. 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, Nr. 66/93 Frauenstreik, Nr.67/94 Zur Kopftuchdiskussion, Nr.68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, Nr. 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben. Nr. 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende?, Nr. 71 /95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? Nr.72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen

mit Körper-Behinderungen. Nr, 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, Nr. 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, Nr. 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, Nr. 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. Nr. 78/96, 13 Jahre autonome Projektarbeit. Nr. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. Nr. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. Nr. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. Nr. 82/97 Kindesmißhandlungen im Internet/Männergewalt macht keine Männer. Nr. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, Nr. 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, Nr. 87/ 98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport.
Nr. 88/99 Männer gegen Männergewalt - Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung,
Nr. 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg,
Nr. 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der Münchner Kampagne,
Nr. 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern,
Nr. 92/00 Frauen und Militär,
Nr. 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit,
Nr. 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Mißbrauch und Ansätze der Prävention,
Nr. 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt
Nr. 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik
Nr. 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ
Nr. 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“
Nr. 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik?

Nr. 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer-
und Täterprävention

Nr. 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt
gegen Frauen in der Schule

Nr. 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem
Missbrauch?